

FIGU-ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise: Sporadisch Internetz: www.figu.org E-Brief: info@figu.org 4. Jahrgang Nr. 99, August/1 2018

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, (Meinungs- und Informationsfreiheit):

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die
Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen
Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Der Schweizer Weg

24.05.2018; EU-No

Der EU-Rahmenvertrag: Behauptungen und Fakten (12)

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit – Verhaltensweisen, welche der Schweiz in guten wie in schwierigen Zeiten zwar nicht absolute, aber doch ein Maximum an Handlungsfreiheit gesichert haben. Als unabhängiges und eigenständiges Land wird die Schweiz auch in Zukunft angesichts – manchmal schwieriger – Herausforderungen handlungsfähig bleiben: Voraussetzung zur Gewährleistung von Freiheit für Land und Volk.

Die Schweiz ist ein souveränes und neutrales Land. Souveränität heisst Selbstbestimmung. In der Schweiz bestimmt das Volk als Verfassungsgeber – das Volk ist der Souverän. Die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Neutralität und die ausgeprägte Subsidiarität sind tragende Staatssäulen der Schweiz. Als offene Exportnation pflegt die Schweiz gute Beziehungen zu anderen Staaten. Solche Beziehungen finden auf der Grundlage von Gleichberechtigung – auf gleicher Augenhöhe beider Partner – statt.

Staatssäulen

Die Schweiz schliesst – wie seit Jahrzehnten – mit Staaten und Staatengemeinschaften bilaterale und multilaterale Verträge ab, welche im gegenseitigen Interesse sind und die Souveränität der Schweiz nicht beschneiden. Einseitige Unterwerfung unter EU-Institutionen mit dem Ziel einer «institutionellen Anbindung» der Schweiz an den EU-Apparat mit automatischer EU-Rechtsübernahme und der Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof kommt indessen nicht in Frage. Auch die Leistung von sog. «Kohäsionszahlungen» – schamlose bundesrätliche Ersatzhandlung angesichts des öffentlichen Widerstands dem EU-Rahmenvertrag gegenüber – lehnen Schweizerinnen und Schweizer ab – auch wenn sie vom Stimmrecht dazu ausgeschlossen werden. Kohäsionszahlungen sind handelsrechtlich grundsätzlich in Frage zu stellen. Bisher ist es weder in der WTO noch im Rahmen bilateraler oder multilateraler Handelsabkommen üblich, dass das Land mit dem kleineren Marktpotenzial demjenigen mit dem grösseren Absatzgebiet Ausgleichszahlungen leistet.

Nein zum Rahmenvertrag

Dem EU-Ansinnen Rahmenvertrag gegenüber ergeben sich folgende Schlussfolgerungen: Die Schweiz – bisher schon ein weltoffenes Land – hält fest an Kontakten mit der EU auf gleicher Augenhöhe, welche die Gleichberechtigung beider Parteien respektieren. Sie will frei bleiben – als mit jedem Staat dieser Welt aufgrund eigenständiger Entscheide wirtschaftliche und kulturelle Kontakte pflegendes Land.



Das EU-Rahmenabkommen ist ein Angriff auf die demokratische Selbstbestimmung der Schweiz. Es auferlegt der Schweiz die Zwangsheirat mit der EU. Der souveräne Rechtsstaat ist Grundlage und Schutzschild für Freiheit und Demokratie. Es gibt keine Freiheit ausserhalb eines Nationalstaats.

Freiheitsfeindliche EU

Die heutige EU steht in klarem Gegensatz zum direktdemokratischen Rechtsstaat. Die EU ist und bleibt eine intellektuelle Fehlkonstruktion als Projekt einer globalistischen Elite, die mit dem EU-Gerichtshof als ausführendem Organ angebliches Völkerrecht als Waffe gegen die nationale Selbstbestimmung missbraucht. Die direkte Demokratie ist in der Schweiz das Fundament für Freiheit, Grundrechte und Unabhängigkeit. Die Schweiz setzt sich ein für gute Verträge und freien Handel; Unterwerfung steht dazu in Widerspruch. Die Schweiz ist zwar keine Insel; sie ist aber auch nicht Kolonie der EU. Die Schweiz ist vielmehr ein freies, ihr Schicksal selbst bestimmendes, souveränes europäisches Land. Sie ist ebenso wenig eine Kolonie der EU, wie die EU nicht Europa ist.

Freiheitsfeindlich, demokratiefeindlich, völkerrechtsfeindlich sind nicht die, die den souveränen, direktdemokratisch regierten Rechtsstaat verteidigen. Freiheitsfeindlich sind die, welche unsere direkte Demokratie mittels Verträgen mit der EU in ein Zwangskorsett stecken wollen.

Fazit

Die Schweiz sichert den Schweizerinnen und Schweizern eine Zukunft in Freiheit durch Ablehnung jeglicher Art von Zwangsheirat mit der EU sowie mittels Kampf gegen die Auflösung der demokratischen Selbstbestimmung. Freiheit, Erfolg, Wohlstand und Menschenrechte sind nur in einem souveränen Rechtsstaat möglich. Der Rahmenvertrag beraubt die Schweiz ihrer Stellung als gleichberechtigte bilaterale Vertragspartnerin der EU;

mit dem Rahmenvertrag beraubt die Schweiz ihrer Stellung als gleichberechtigte bilaterale Vertragspartnerin der EU; mit dem Rahmenvertrag wird die Schweiz gegenüber Brüssel zur blossen Befehlsempfängerin. Der Rahmenvertrag zerstört also den bilateralen Weg, denn als Befehlsempfängerin bleibt der Schweiz bloss noch, Brüsseler Weisungen automatisch zu übernehmen.

Allein die Ablehnung des Rahmenvertrags ermöglicht der Schweiz die Fortsetzung des bilateralen Wegs. Thomas Hürlimann, Schriftsteller (er verbrachte viele Jahre seines Lebens in Berlin), über den von den Medien geprägten «Unionsbürger»: «Es ist der Toleranzler beziehungsweise die Toleranzlerin. Dieses Wesen ist areligiös, antifaschistisch, antiapitalistisch, ökofixiert, sozialistisch, homophil, feministisch, raucherfeindlich, ausländerfreundlich, multikulturell, aber der eigenen Kultur, der eigenen Geschichte gegenüber sterilisiert.» (NZZ am Sonntag, 22. April 2017)
Quelle: http://www.eu-no.ch/news/der-schweizer-weg_202?SID=a13f823231d4dab59144192f7e8171eef6308c31

Lesermail zu (Die Deutschen – und die Mehrheit der Europäer – sollten sich daran gewöhnen, dass die USA nicht unser Freund sind. Sie sind das Imperium und behandeln uns wie eine Kolonie)

Sehr geehrte Redaktion,

sehr geehrter Herr Müller,

Ihr im Betreff genannter Beitrag macht sehr nachdenklich. Speziell mich als Deutschen, der in der DDR gross geworden ist. Denn eng damit verbunden ist ein völlig anderes Verhältnis zu den beiden Antipoden, ein Verhältnis, das nahezu umgekehrt ist als das von Ihnen geschilderte. Und zu welchem sich zunehmend zeigt, dass ein grosses Unheil über uns hereinzubrechen droht. Wie meine ich das?

Als die DDR zusammenbrach – Auslöser war seinerzeit die von uns überhaupt nicht verstandene Gorbatschowsche Politik der Perestroika – war die absolute Mehrheit der DDR-Bürger der Meinung, es sei gut so, da es ohnehin nicht mehr so weitergehen könne und der Kapitalismus eben doch nicht so schlecht sei, wie uns seinerzeit gelehrt worden war. Das Eine traf zu, da der von Honecker und seinen Vasallen heruntergewirtschaftete Sozialismus tat sächlich keine Zukunftsreserven mehr hatte, das Andere aber nicht. Es hat sich nämlich bis zum heutigen Tage herausgestellt, dass der Kapitalismus viel schlimmer ist als bisher angenommen. Und zur Grundkonstellation muss darauf verwiesen werden, dass für uns damals die Russen die Freunde waren, und das ganz aufrichtig. Uns war klar, welche Schuld unser Land sich dem damals sowjetischen Staat, den Juden und den anderen Nachbarvölkern gegenüber aufgeladen hatte. Zu den Amerikanern hatten wir kein Verhältnis, die hatten nichts für uns getan und im Verein mit der damaligen Bundesrepublik wurde uns geschadet, wo es nur ging. Das alles war aber 1989 kein Thema mehr, wir waren wie wohl seinerzeit auch Gorbatschow der Überzeugung, mit dem Ende der Blöcke, dem Ende des Kalten Krieges hört das wechselseitige Bekämpfen in der Welt endlich auf. Aber weit gefehlt, es ging damit

erst richtig los. Denn der kommunistische Block hatte eine Funktion, die von allen nicht mit dem Kapital verbundenen Kräften missachtet worden war. Er war das Gegengewicht, welches das Kapital im Zaum gehalten hatte. Plötzlich fehlte dieses Gegengewicht mit all den Folgen, die wir heute beklagen. Und wir müssen sehr weit zurück gehen in die Geschichte, um zu erkennen, was wirklich not tut. In die Zeit um die Reichsgründung mit deren Initiator und letzten grossen deutschen Politiker, Fürst Otto von Bismarck. Ja, das meine ich wirklich, ohne andere Politiker, die vielleicht in der einen oder anderen Situation eben auch richtig gehandelt haben, missachten zu wollen. Keiner hat später so visionär wie Bismarck mit tatsächlich eiserner Konsequenz darauf geachtet, die Interessen Deutschlands zu sichern, die Folgen seines Handelns so genau und vorausschauend abgewogen und seine Grundsätze dann auch eisern durchgehalten. Wie eben den, dass man nicht gegen Russland zu Felde ziehen dürfe. Und dass man immer auch die Interessen der anderen Seite zu berücksichtigen habe, nach dem Grundsatz (Leben und leben lassen». Und die Geschichte hat gezeigt, dass der Verstoss gegen diese Grundsätze dem Land immer nur geschadet hat. Nach der Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist es stetig abwärts gegangen und Deutschland immer kleiner geworden; alle späteren Politiker hatten nur Partikularinteressen im Auge, nie das grosse und ganze Deutschland. Und so stehen wir jetzt unter Merkel da und stellen fest, dass unser Land immer mehr zu einer Bananenrepublik verkommt, wo nicht mal mehr die Züge pünktlich fahren, wo die grossen Kapitalien gefragt werden, ob sie denn gewillt sind, auch mal Steuern zu bezahlen und wo schon wieder das Wort von einer Ostfront gebraucht wird. Nein, das haben wir nicht gewollt, wir haben vor allem nicht gewollt, dass gegen unsere (Freunde) gehetzt und gerüstet wird. Denn wir haben diese Menschen als aufrichtig und friedliebend kennen gelernt. Auch als trinkfest und feierlustig und haben mit ihnen gefeiert und getrunken! Und wir wollten das nicht einer neuerlichen Kriegspropaganda opfern. Sondern wir wollten in Frieden und Wohlstand miteinander leben und hatten angenommen, unsere Landsleute westlich der Elbe denken genauso. Nun aber müssen wir feststellen, dass deren Denken auch und besonders durch den Einfluss der US-Amerikaner so entpolitisiert worden ist, dass die Mehrheit von ihnen fundamentale Zusammenhänge nicht wahrhaben will. Wir sind entsetzt darüber und wir wissen heute, dass wir versagt haben. Deshalb Ihnen meine grösste Hochachtung, da ich bei Ihnen erkennen kann, dass Sie ebenfalls die heutige Konfrontationspolitik ablehnen und alle Kraft dafür einsetzen, Vernunft in die zwischenstaatlichen Beziehungen zurückzubringen.

Ich wünsche dazu weiter viel Kraft. Jürgen Keller

Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=44264#more-44264

Migration aktuell – In Deutschland reisen mehr Migranten ein, als offiziell festgestellt werden

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 25. Mai 2018; von Gastautor T. S.

Hauptmigrationsrouten

In der 17. KW 2018 gab es insgesamt rund 3000 Anlandungen in Spanien, Italien und Griechenland. Dabei zeichnet sich eine massive Zunahme an illegaler Migration von der Türkei nach Griechenland ab.

Italien

Erfreulich ist, dass es einen deutlichen Rückgang von Anlandungen nach Italien im Vergleich zum letzten Jahr gibt. Dies liegt u. a. an der Vorgehensweise der Italiener gegen die NGO-Schiffe und die Zusammenarbeit mit den Libyern (oder auch der Druck auf Libyen), welche zunehmend selbst Anlandungen durch eigene maritime Einsätze unterbinden (laut UNHCR schon mehr als 4000 im Jahr 2018). Zu beachten ist, dass unter Gaddafi 2010 bzw. 2011 die Migration übers Mittelmeer nahezu gestoppt werden konnte.

Griechenland

Die Migration vom türkischen Festland nach Griechenland hat mittlerweile die Zahlen der übers Meer Einreisenden überstiegen. Laut EU-Kommission sollen sich über 45 000 Migranten in diesem Land aufhalten, die auf eine Weiterfahrt warten. Dabei haben sich die griechischen Seehäfen, allen voran in Patras, als neue Brennpunkte herauskristallisiert. Die Migranten nutzen zu ²/₃ Behältnisschleusungen (LKW, Auflieger etc.). An einzelnen Tagen gelangen auf die eigentlich abgesperrten Bereiche des Hafens mehrere hundert Migranten. Es kommt regelmässig zu Auseinandersetzungen mit dem dort eingesetzten Personal (vgl. dazu die Vorfälle am Tunnel von Frankreich nach England).

Ostafrika

Laut IOM kamen allein in 2017 mindestens 8700 somalische und äthiopische Staatsangehörige auf dem Seeweg nach Jemen. Deren Zielländer sind primär Saudi-Arabien oder dann Europa.

Asyl in Deutschland

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben bei uns ca. 40 000 Migranten einen Asylantrag gestellt. Das heisst, dass in einer Woche mehr Menschen unerlaubt nach Deutschland einreisen als an den drei Hauptrouten (Spanien, Italien und Griechenland) offiziell Migranten festgestellt werden.

Quelle: https://vera-lengsfeld.de/2018/05/25/migration-aktuell-in-duetschland-rreisen-mehr-migranten-ein-als-offiziell-fest-gestellt-werden/

EU-geförderte Analyse: Elektromagnetische Funkstrahlung von Stromleitungen und Mobilfunk stellt ein potentielles Risiko für Tier- und Pflanzenwelt dar

Andreas Müller

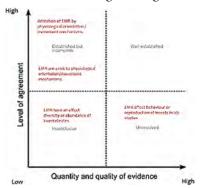
Swindon (Grossbritannien) – Elektromagnetische Strahlung, wie sie auch von Stromleitungen, WLAN, Mobilfunkmasten und Sendeanlagen ausgeht, stellt eine «glaubhafte Bedrohung» für wildlebende Tiere, besonders für Insekten und Vögel, aber auch für Pflanzen dar. Zu diesem Schluss kommt ein aktueller Bericht des von der EU geförderten Projekts «Establishing a European Knowledge and Learning Mechanism to Improve the Policy-Science-Society Interface on Biodiversity and Ecosystem Services» (EKLIPSE). Begleitend warnen Umweltschützer gerade vor dem Hintergrund der erweiterten Sendeleistung des neuen Übertragungsstandards 5G für mobile Daten vor der Fortführung der bisherigen naiven Umgangsweise mit dem potentiellen Risiko durch elektromagnetische Strahlung.

Wie das EKLIPSE-Team, an dem in Deutschland das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung beteiligt ist, in zwei aktuellen Berichten über den aktuellen Forschungs- und Wissensstand über den Einfluss von elektromagnetischer Strahlung (ElektroMagnetic Radiation, EMR) berichtet, kommen die Experten am Ende ihrer Analyse von 97 bereits vorliegender unterschiedlicher Studienergebnisse zu dem Schluss, dass EMR ein potentielles Risiko für die Orientierung von Insekten und Vögeln und der Gesundheit von Pflanzen darstellt.

Zur Wirkung auf Wirbellose stellen die EKLISPE-Autoren, darunter Dr. Pascal Malkemper von der Universität Duisburg-Essen, folgendes fest:

Wirbellose

 Der Umstand, dass elektromagnetische Strahlung (EMR) ein Umweltsignal darstellt, das von Wirbellosen (Insekten und Kriechtieren) durch physiologische Mechanismen, wie sie Orientierung und Bewegung steuern, wahrgenommen werden kann, gilt als – wenn auch noch nicht vollständig – nachgewiesen.

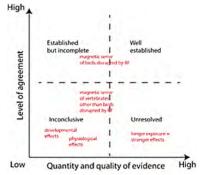


- EMR aus menschlichen, technischen Quellen (bspw. Mobiltelefone usw.) stellt ein potentielles Risiko für diese physiologischen Mechanismen dar. Auch diese Einschätzung gilt, wenn auch noch nicht vollständig und abschliessend, als belegt. Allerdings sei der aktuelle Wissensstand aufgrund der Anzahl und Qualität der vorliegenden Studien noch eingeschränkt.
- Es gibt einige Beweise dafür, dass diese anthropogene EMR in Laborexperimenten das Verhalten oder die Reproduktion von Modellinsektenarten (wie Fruchtfliegen) beeinflusst hat. Allerdings sind die beobachteten Effekte oft zu vernachlässigen oder von Studie zu Studie nicht übereinstimmend. Eine Bestimmung gilt deshalb als schwierig.

- Derzeit vorliegende Beweise für Auswirkungen von EMR auf die Vielfalt und das Vorkommen von Wirbellosen sind noch stark eingeschränkt. Einige ökologische Studien existieren dazu zwar, doch die darin beschriebenen EMR-Effekte sind entweder vernachlässigbar oder können bislang noch nicht genau genug von anderen Umweltfaktoren unterschieden bzw. getrennt werden. Auch hier ist die derzeitige Einschätzung noch offen.
- Die Mehrheit der bisherigen experimentellen und Feldstudien leiden jedoch unter mangelnden bis schlechten wissenschaftlichen Methoden, was eine abschliessende Einschätzung derzeit noch erschwert.

Wirbeltiere

 Die magnetsinnbasierte Orientierung von Vögeln kann schon von schwachen magnetischen Feldern im Radiofrequenzbereich gestört werden. Wenn auch noch nicht vollständig, so gilt diese Beobachtung doch weitläufig als bestätigt.



- Gleiches könnte demnach auch für den Magnetsinn anderer Wirbeltiere, darunter auch Säugetiere gelten.
- Die ökologischen Konsequenzen dieser (Kompass-Störung) sind bislang noch völlig unbekannt.
- Einige Untersuchungen deuten darauf hin, dass es einen Einfluss durch EMR auf die embryonale Entwicklung von Vögeln gibt, der nicht auf Überwärmung (Hyperthermie) beruht. Auch hier sind die Ergebnisse aber noch unvollständig.
- EMR scheint einen Einfluss auf die Physiologie von Wirbeltieren speziell auf die Schmerzwahrnehmung zu haben. Allerdings sind die Mechanismen, durch die diese physiologischen Effekte herbeigeführt werden, noch unklar.
- Ob EMR das Artenvorkommen, dessen Verteilung und damit die Artenvielfalt (Biodiversität) beeinflussen, ist bislang noch völlig unklar.

Pflanzen

 Die Ergebnisse unterschiedlicher Laborexperimente deuten darauf hin, dass der pflanzliche Stoffwechsel durch EMR beeinflusst wird. Auch hier sind die Ergebnisse aber noch nicht eindeutig.



Betroffen scheint hier in besonderer Weise der Sauerstoffradikale-Stoffwechsel (ROS). Dennoch machen es die teils starken Unterschiede in den Versuchsaufbauten und angewandten Methoden schwierig, hier zu einer klaren Erkenntnis darüber zu gelangen, was hier genau wie vor sich geht. Eine Behebung dieser Mängel könnte zu einer Übereinstimmung und Überprüfung der bisherigen Ergebnisse führen.

Allgemein können die bislang beschriebenen, beobachteten Effekte unter dem Bild der Reduktion des Pflanzenwachstums zusammengeführt werden. Die Ergebnisse sind auch hier noch nicht eindeutig, und es gilt zu beachten, dass gerade das Pflanzenwachstum von einer Vielzahl umweltbedingter Eigenschaften und Faktoren abhängig ist, die es zu berücksichtigen gilt – besonders angesichts von Feldexperimenten.

Hier sind noch dringend weitere Untersuchungen notwendig.

Während also der EKLIPSE-Bericht noch vorsichtig von Risiken und zumindest mehrdeutigen Ergebnissen spricht, warnt die an EKLIPSE beteiligte Tierschutzorganisation (Buglife) gerade vor dieser derzeitigen (unsicheren Situation) und spricht hingegen von ausreichend guten Hinweisen, Indizien und Beweisen für eine schädigende Wirkung überhöhter elektromagnetischer Strahlung auf die Tier- und Pflanzenwelt (... und damit auch indirekt und direkt auf uns Menschen, wie sie weitere Untersuchungen dringend erfordern).

Quelle: https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/eu-gefoerderte-analyse-elektromagnetische-strahlung-von-stromleitungen-und-mobilfunk-stellt-ein-potentielles-risiko-fuer-tier-und-pflanzenwelt-dar20180524/

Die deutliche Sprache der Erdveränderungen: Verheerender Tornado in Nordrhein-Westfalen und erhöhte Erdbebengefahr für Mitteldeutschland

Learner; Sott.net; Di, 22 Mai 2018 20:00 UTC



© Youtube/WetterOnline Ein Tornado wütet über Nordrhein-Westfalen

Gewisse Wetter- und Naturereignisse, die sonst eher für bestimmte Regionen dieser Erde als üblich galten, machen sich nun auch zunehmend in Teilen der Welt bemerkbar, wo man noch vor wenigen Jahren kaum damit gerechnet hätte.

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit sollen hier angesprochen werden:

Erst letzte Woche fegte ein verheerender Tornado durch Nordrhein-Westfalen und das Vogtland wird seit Mitte Mai von einem Schwarmbeben erschüttert, das einfach nicht zur Ruhe kommen will. Erdbebenforscher prognostizierten daraufhin für Mitteldeutschland – insbesondere für die Region Halle/Leipzig – eine stärkere Gefahr auch intensiverer Erdbeben, als bislang angenommen.

1. Verheerender Feger in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen wurde am vergangenen Mittwoch von einem F1-Tornado heimgesucht (zum Teil soll er an Heftigkeit sogar die Stärke F2 erreicht haben), wie man ihn sonst eher im Mittleren Westen der USA antreffen würde. Innerhalb von 10 bis 15 Minuten richtete er teilweise schwere Schäden vor allem im Landkreis Viersen an. Zahlreiche Bäume knickten um und bis zu 50 Wohnhäuser wurden teilweise oder ganz abgedeckt.

Ausserdem fiel fast ein kompletter Wald im betroffenen Gebiet der zerstörerischen Wut des Fegers anheim. Die Beschreibung zu einem entsprechenden Youtube-Video zeichnet folgendes Bild:

«Das ist die Strasse von Boisheim nach Dilkrath. Hier stand bis vergangenen Mittwoch ein Wald mit hohen Bäumen. Das ist nicht wieder zu erkennen. Das dauert Jahrzehnte bis da wieder ein Wald gewachsen ist!»

Leider gab es auch zwei Verletzte: Ein Autofahrer wurde beim Aussteigen aus seinem Fahrzeug vom Ast eines Baumes schwer getroffen, während ein Feuerwehrmann nur leichte Blessuren erlitt.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Mönchengladbach und dem niederländischen Venlo musste gesperrt werden, ebenso wie mehrere Strassen dank umgeknickter Bäume.

Der Gewittersturm, aus dem der Tornado hervorgegangen war, führte ausserdem in vielen Gebieten Nordrhein-Westfalens zu teils heftigen Niederschlägen sowie Hagelschauern, die mitunter (nicht von schlechten Eltern) waren – etwa murmelgrosse Hagelkörner in Bochum (ca. 1–2 cm im Durchmesser):

Doch zahlreiche andere Ortschaften bekamen ebenfalls einiges zu spüren, darunter auch Düsseldorf.

Laut der Internetseite von Jörg Kachelmann handelte es sich um den bislang 6. Tornado in diesem Jahr auf Bundesgebiet. Das Mittel liegt bei ca. zwischen 30–60 Windhosen im Jahr.

Wenn man allerdings den Dokumentationen von Sott.net folgt, kann man nicht verkennen, dass hierzulande stärkere Tornados zunehmend gehäuft auftreten. Nachfolgend ein paar Beispiele aus den letzten drei Jahren:

- Norddeutschland: Unwetter und Tornado verwüsten Kleinstadt Bützow 30 Menschen verletzt
- Update: Tornado fällt in Würzburg ein und verursacht schwere Schäden

Weitere Einzelheiten zu dem betreffenden Tornado in Nordrhein-Westfalen finden Sie im folgenden Artikel:

- Tornado richtet in NRW schwere Verwüstungen an



© Twitter/Fabian Ruhnau Hagelkörner in Murmelgrösse kamen in Bochum vom Himmel

2. Schwarmbeben bis zur Stärke 4 stiften Unruhe im Vogtland: Erhöhte Gefahr intensiverer Erdbeben für Mitteldeutschland

Und das Vogtland bleibt rastlos. Seit Mitte des Monats tritt dort ein Schwarmbeben auf, das einfach nicht abebben will – stattdessen scheint es sich sogar noch aufzuschaukeln. Bisheriger Höhepunkt war am gestrigen Abend ein Erdbeben der Stärke 4,2 auf der Richterskala im deutsch-tschechischen Grenzgebiet. Das Epizentrum lag in der Karlsbader Region bei Luby (Tschechien).

Auf der Internetseite des MDR steht zu lesen: «Es war der bisher stärkste Ausschlag eines seit dem 10. Mai in der Grenzregion von Sachsen, Tschechien und Bayern stattfindenden Schwarmbebens.»

Bis nach Bayern war der Erdstoss deutlich zu spüren: Man habe etwa 150 Meldungen aus der Bevölkerung bekommen – überwiegend aus dem Raum Selb in Oberfranken und Waldsassen in der Oberpfalz, sagte Joachim Wassermann, Leiter der Abteilung Seismologie des Geophysikalischen Observatoriums in Fürstenfeldbruck.

Weitere Augenzeugenberichte geben an: «Ich habe Fernsehen geschaut und plötzlich gespürt, wie sich auf einmal das Sofa bewegt, ausserdem war draussen ein Knall zu hören», sagte ein Augenzeuge aus der Region um Karlsbad dem tschechischen Rundfunk. Andere berichteten, dass die Gläser im Schrank geklirrt hätten und Haustiere unruhig geworden seien.

Über Schäden und Verletzungen ist bislang nichts bekannt.

Die Vogtland-Region ist eine der seismisch aktivsten Regionen in ganz Deutschland – neben dem Oberrhein-Graben, der Niederrheinischen Bucht sowie der Schwäbischen Alb. Die Seite geologie.sachsen.de gibt in diesem Sinne an, dass das Gebiet verhältnismässig häufig von Schwarm- und Erdbeben heimgesucht wird: Seit Ende des 19. Jahrhunderts sind im Vogtland in den Jahren 1897, 1903, 1908, 1936 und 1962 wiederholt stärkere Erdbebenschwärme aufgetreten. Im Verlauf des Schwarms im Winter 1985/86 trat ein Erdbeben von Magnitude 4,6 auf, welches das stärkste Ereignis in dieser Region bisher ist. Weitere spürbare Schwärme folgten in den Jahren 2008, 2011, und im Jahr 2014 folgte eine Serie von Beben.

Die Stärke dieses kürzlichen Erdbebens wurde laut derselben Seite im Vogtland zuletzt im Rahmen einer Erdbeben-Serie 2014 erreicht. Der jüngere Rekord von 4,6 in den 1980ern Jahren bleibt hingegen bislang noch unübertroffen.

Diese Erdbeben-Aktivität bereitet manchen Forschern etwas Sorge, da sie dadurch einen Anstieg der Gefahr auch intensiverer Erdbeben für Mitteldeutschland vermuten. Aus einem Interview mit dem Geoforscher Torsten Dahm vom Helmholtz-Zentrum Potsdam, das n-tv.de führte:

Hängen die Beben im Vogtland mit denen zwischen Halle und Leipzig in irgendeiner Art und Weise zusammen? Ganz spontan würde ich darauf mit Nein antworten. Die beiden Regionen sind weit voneinander entfernt und in der Region Halle-Leipzig finden wir gar keine Schwarmbeben. Bei näherer Betrachtung allerdings fällt auf, dass wir einen Erdbebengürtel mit Nord-Süd-Ausrichtung zwischen dem Vogtland und der Region Halle/Leipzig haben. Dieser zeigt eine hohe Schwarmbebenaktivität im Vogtland. Gleichzeitig lassen sich aber auch entlang dieses Gürtels immer wieder kleinere Erdbeben in Richtung Halle-Leipzig beobachten. Insofern wissen wir also nicht so ganz genau, ob und wie diese beiden Prozesse miteinander verbunden sind. Man kann also nicht ausschliessen, dass es geodynamisch in grösserer Tiefe einen Zusammenhang gibt. Dieser müsste jedoch wissenschaftlich erst noch belegt oder eben widerlegt werden.

Etwa zeitgleich veröffentlichten Wissenschaftler der Universitäten Leipzig, Halle, Potsdam und Hannover eine gemeinsame Studie zu den möglichen nachteiligen Auswirkungen der beiden Erdstösse aus den Jahren 2015 (M3,5) und 2017 (M3,0), die in der Region Halle/Leipzig aufgetreten sind. Eine Pressemeldung der Universität Leipzig gibt dazu an: «Das Besondere an den Beben in den Jahren 2015 und 2017 ist, dass diese weithin spürbar waren und ungewöhnlich tief in der Unterkruste zwischen 22 und 29 Kilometern unter der Erdoberfläche ihren Ursprung hatten. ‹Erdbeben in dieser Tiefe beunruhigen uns Seismologen, da sie Hinweise auf grössere Verwerfungen geben und die Möglichkeit von stärkeren Erdbeben wahrscheinlicher machen›, sagt Sigward Funke, Leiter der Erdbebenüberwachung an der Universität Leipzig.»

Durch eine Zusammenwirkung beider Aktivitätsbereiche wäre die Reaktivierung bekannter und bislang als ruhig geltender geologischer Störungszonen (wie der sog. Halleschen Marktplatzverwerfung) und damit das Szenario eines stärkeren und gefährlicheren Erdbebens in Mitteldeutschland durchaus denkbar. Die an der Studie beteiligten Forscher verweisen aufgrund dieser Gefahr auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen: Zugleich verweisen sie auf weiteren Forschungsbedarf und dringen auf den Erhalt des bestehenden seismischen Beobachtungsnetzwerkes in Mitteldeutschland, mit dem auch die regelmässig im Vogtland auftretenden Schwarmbeben verfolgt werden.

Zu allem Überfluss befindet sich im Vogtland auch noch ein Vulkankomplex, der eigentlich ruhen soll und für eine Erdbeben-Serie im Jahr 2011 verantwortlich gemacht wurde: Geophysiker machen einen Urzeit-Vulkan für die Beben verantwortlich. Obwohl er vor 300 000 Jahren erloschen ist, sendet er wieder Lebenszeichen. Magma drängt vom Erdinnern gegen den Erdmantel. Das vom Magma erhitzte Grundwasser steigt auf und quetscht sich in Gesteinsritzen. Irgendwann gibt der Fels nach – es bebt.

Und womöglich ist dieser Vulkan, laut Nachrichtenseite (derwesten.de), auch der jetzige Unruhestifter:

Wie kommt es zu den Erdbebenschwärmen im Vogtland?

Grund dafür seien eine alte Magmakammer, tektonische Störungen und hydrothermale Aktivität, wie es auf dem Blog weiter heisst. Der Vulkankomplex sei vor 200 000 Jahren aktiv gewesen – trotzdem gibt er noch immer Gase und Wärme ab. «Dies führt dazu, dass im Gestein enthaltene Fluide (Wasser) in Bewegung geraten und durch natürlich vorhandene Risse (wandern).», heisst es weiter.

Es scheint tatsächlich möglich, dass sich vulkanische und Erdbebenaktivität in der Vogtland- sowie Halle/Leipzig-Region gegenseitig bedingen könnten. Ein Beispiel dafür ist das Gebiet in der Eifel um den Laacher See, wo im vergangenen Sommer magmatische Aktivität verzeichnet wurde:

- Magma-Aktivität im Eifel-Gebiet: Droht ein Vulkanausbruch am Laacher See?

Zum Schluss

Dieses Tornado-Ereignis, die geologischen Aktivitäten im Vogtland sowie die für Mitteldeutschland prognostizierte erhöhte Erdbebengefahr können prinzipiell im Zusammenhang mit den derzeit allgemein stattfindenden Erdveränderungen betrachtet werden, die unseren gesamten Planeten umfassen und an Häufigkeit sowie Intensität zunehmen.

Unsere Dokumentation auf Sott.net umfasst mittlerweile zahlreiche derartige Ereignisse. Und auch unsere monatlichen Video-Zusammenfassungen geben einen guten Überblick über solche Geschehnisse weltweit: Ausserdem empfehlen wir nachdrücklich das Buch ‹Erdveränderungen und die Mensch-Kosmos-Verbindung› von Pierre Lescaudron, das auf Deutsch in Buchform sowie als Artikelserie hier auf Sott.net verfügbar ist. Es vermittelt konkretere Informationen über die Hintergründe dieser Erdveränderungen und bietet eine mögliche Erklärung an, was des Pudels Kern sein könnte: «Seit der Jahrtausendwende schwächelt, neben den Veränderungen der Jetstreams, nicht nur der Golfstrom, sondern es erhöht sich auch die Intensität und die Häufigkeit von Erdfällen, Hurrikans, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Meteor-Feuerbällen, Tornados, Fluten und leuchtenden Nachtwolken. Haben die Verfechter der vom Menschen verursachten globalen Erderwärmung Recht behalten oder geschieht etwas viel Grösseres auf unserem Planeten?»

Während die Mainstream-Wissenschaft diese Erdveränderungen so darstellt, als würden sie in keinerlei Beziehung zueinander stehen, trägt Pierre Lescaudron die Entdeckungen aus der Plasmaphysik, dem Paradigma des elektrischen Universums und vielen anderen Bereichen zusammen und legt nahe, dass diese Phänomene wahrscheinlich tatsächlich eng miteinander verbunden sind und aus einer einzigen gemeinsamen Ursache entspringen: Der Annäherung eines 〈Zwillingssterns〉 unserer Sonne und einem begleitenden Kometenschwarm.

Mit Hilfe von historischen Aufzeichnungen offenbart der Autor eine starke Korrelation zwischen Zeitperioden der autoritären Unterdrückung und katastrophalen kosmisch induzierten Naturkatastrophen. Mit Bezügen und Verweisen auf metaphysische Forschungen, Informationstheorie und Quantenmechanik ist ‹Erdveränderun-

gen und die Mensch-Kosmos Verbindung[,] ein bahnbrechender Versuch, die moderne Wissenschaft wieder mit dem alten Verständnis zu verbinden, dass der menschliche Geist (Anm. Bewusstsein) und die kollektiven Zustände menschlicher Erfahrungen kosmische und irdische Phänomene beeinflussen können.

Präsentiert in einem übersichtlichen Format und in einer leicht zugänglichen Sprache mit über 250 Abbildungen und über 1000 Fussnoten umfasst ‹Erdveränderungen und die Mensch-Kosmos Verbindung› eine grosse Bandbreite wissenschaftlicher Disziplinen und ist für all diejenigen gedacht, welche versuchen, die Zeichen unserer Zeit zu verstehen.

Quelle: https://de.sott.net/article/32527-Die-deutliche-Sprache-der-Erdveranderungen-Verheerender-Tornado-in-Nordrhein-Westfalen-und-erhohte-Erdbebengefahr-fur-Mitteldeutschland

<Allestöter> Glyphosat: «Die Pestizide haben mich krank gemacht! – Was hier passiert, ist ein stiller Völkermord»

Epoch Times, Aktualisiert: 19. Oktober 2017 21:39

In der ARTE-Dokumentation (Roundup, der Prozess) sagt ein ehemaliger landwirtschaftlicher Angestellter über die Verwendung von Roundup und dessen Wirkstoff Glyphosat:



Fabian, ein ehemaliger landwirtschaftlicher Angestellter über das Unkrautgift Glyphosat. Foto: ARTE/Screenshot

«Die Pestizide haben mich krank gemacht! Was hier passiert, ist ein stiller Völkermord», sagt Fabian, ein ehemaliger landwirtschaftlicher Angestellter zu 〈ARTE〉. Er spricht über das Unkrautvernichtungsmittel Roundup von Monsanto.

In der ARTE-Dokumentation (Roundup, der Prozess) geht es um das umstrittene Unkrautgift, das 40 Jahre nach der Markteinführung von der WHO (als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen eingestuft) wurde. Die Organisation kam damit zu einem ganz anderen Schluss als die grossen amerikanischen und europäischen Gesundheitsbehörden, die Monsantos Roundup und dessen Wirkstoff Glyphosat als (ungefährlich) bezeichneten.

Es gibt jedoch auch zahlreiche Wissenschaftler, die bereits auf die Krebsgefahr des Unkrautgiftes hingewiesen haben. Auf der Webseite von ARTE heisst es: «Der ‹Allestöter› – so der Beiname des Produkts im Spanischen – macht krank und vergiftet Böden, Pflanzen, Tiere und Menschen, denn er ist überall anzutreffen: Im Wasser, in der Luft, im Regen, in der Erde und in Lebensmitteln.»

Kurz vor der anstehenden Entscheidung über ein Glyphosat-Verbot in der EU geht diese Doku dem Skandal auf den Grund. Anknüpfend an ihren investigativen Dokumentarfilm (Monsanto, mit Gift und Genen) aus dem Jahr 2008, zeigt Autorin Marie-Monique Robin in ihrem neuen Film, dass Roundup noch gefährlicher ist als bisher befürchtet: «Glyphosat ist nicht nur krebserregend, sondern auch eine hormonaktive Substanz, ein starkes Antibiotikum und ein Chelatbildner, der Spurenelemente bindet», schreibt ARTE.

Der Film dokumentiere die katastrophalen Folgen dieser Eigenschaften mit aufwühlenden Bildern von Opfern in den USA, Argentinien, Frankreich und Sri Lanka, so die Beschreibung der Doku.

Allein 2014 wurden 825 000 Tonnen des Unkrautvernichters Glyphosat auf Feldern und in Gärten versprüht. Beim internationalen Monsanto-Tribunal klagte eine Bürgerinitiative den Saatgut-Grosskonzern in dessen Abwesenheit auf (Ökozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) an.

Auf der Webseite monsantotribunal.org heisst es dazu: «Bekannte Richter kamen zu dem Schluss, dass Monsantos Handlungen einen negativen Einfluss auf fundamentale Menschenrechte haben. Zudem seien bessere Verordnungen notwendig, um die Opfer multinationaler Unternehmen zu schützen. Schlussendlich sollte das

internationale Recht für einen besseren Schutz der Umwelt ausgebaut werden und den Tatbestand des Ökozids miteinbeziehen. Jetzt ist es an uns, der Zivilgesellschaft, die Ergebnisse des Monsanto Tribunals zu verbreiten und diese essentiellen Veränderungen voranzutreiben.» (so)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/welt/allestoeter-glyphosat-die-pestizide-haben-mich-krank-gemacht-was-hier-pas-siert-ist-ein-stiller-voelkermord-a2245178.html

«Räuberische Forderungen»: Nordkorea ist zu Recht enttäuscht von den USA

Mo, 09 Jul 2018 07:49 UTC

Nach Angaben von CBS News beklagt Nordkorea nach dem Besuch des US-Aussenministers Mike Pompeo im Land den mangelnden Durchbruch bei der Denuklearisierung und räuberische Forderungen seitens der USA, die nicht dem 〈Geist〉 des Trump-Kim-Gipfels entsprechen.



Nordkorea ist vor allem enttäuscht von den jetzt vorgelegten Forderungen der Amerikaner, nachdem das Gipfeltreffen zwischen Trump und Kim Jong-un einen positiven und anderen Weg versprochen hatte: In einer Erklärung, die von 〈CBS News〉 zitiert wurde, stellt Nordkoreas Aussenministerium fest, dass die USA 〈nur einseitige und räuberische Forderungen〉 vorgelegt hätten. Dies verstosse gegen den 〈Geist〉 des Gipfels zwischen Donald Trump und Kim Jong-un im Juni.

~ Sputnik

Anscheinend ist der Tiefe Staat mit den Ideen und Erklärungen, die während des Gipfels zwischen Trump und Kim besprochen wurden (die nur durch eine formale nicht bindende Erklärung und durch das Ehrenwort des US-Präsidenten bekräftigt wurden), nicht zufrieden und torpediert wie zu erwarten diese Schritte der beiden Seiten.

Pjöngjang bezeichnet die neuen Gespräche mit den USA als ‹sehr besorgniserregend› und weist darauf hin, dass sie zu einer ‹gefährlichen Phase› führen. Dies könnte die ‹früher entschlossene Haltung› Nordkoreas, sein Nuklearprogramm einzustellen, ändern.

~ Sputnik

Übrigens ist es bei weitem nicht das erste Mal, dass die USA ihre Versprechen grob missachten und stattdessen das Gegenteil von dem machen, was versprochen wurde. Nicht nur in Nordkorea, sondern weltweit. Das Vertrauen in die USA ist somit an einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Deshalb sind Länder dieser Welt in jedem Fall besser beraten, sich verlässlicheren Partnern – z.B. in Russland und China – zuzuwenden, denen man vertrauen kann und die sich an Versprechungen halten.

Die US-Position in den Verhandlungen über die Denuklearisierung sei (äusserst bedauerlich) für Nordkorea.

~ Sputnik

Der nordkoreanische Aussenminister scheint sich jedoch darüber bewusst zu sein, dass Trump selbst hier nicht das Problem ist, sondern der elitäre Tiefe Staat in den USA: Allerdings betont das nordkoreanische Aussen - ministerium auch, dass Trump ein «vollkommen vertrauenswürdiger» Partner sei.

Am Freitag war US-Aussenminister Mike Pompeo zu Gesprächen über die von Nordkorea zugesagte Denuklearisierung in Pjöngjang eingetroffen. Die neue Verhandlungsrunde sollte den beim Singapur-Gipfel zwischen Donald Trump und Kim-Jong-un erzielten Erfolg festigen.

~ Sputnik

Quelle: https://de.sott.net/article/32689-Rauberische-Forderungen-Nordkorea-ist-zu-Recht-enttauscht-von-den-USA

Abstimmung: EU-weite Umfrage für die Abschaffung der Zeitumstellung!

Di, 10 Jul 2018 08:25 UTC

Die äusserst gefährliche und ungesunde Praxis der Zeitumstellung zweimal im Jahr in Europa hat hoffentlich bald ein Ende. Eine Online-Umfrage der EU-Kommission ruft alle 500 Millionen EU-Bürger dazu auf, ihre Meinung über die Zeitumstellung abzugeben und sich entweder für die Abschaffung bzw. Beibehaltung dieser Praxis auszusprechen. Rechts oben auf der Seite unter ‹Language› kann die Sprache ‹Deutsch› ausgewählt werden, um die Umfrage auszufüllen. Bis zum 16. August kann noch abgestimmt werden.



Anscheinend ist der Server mit dem Ansturm an Stimmabgaben überlastet. Wundern Sie sich also nicht, dass das Laden der Seite eine Weile in Anspruch nimmt. In der Umfrage kann man seine Meinung auch durch Beweise hinterlegen, damit die Bürokraten in Brüssel auch handfestes Material haben, auf das sie sich beziehen können. Dies ist in jedem Fall zu empfehlen. Wir raten hierbei insbesondere, das Buch «Das grosse Buch vom Schlaf: Die enorme Bedeutung des Schlafs – Beste Vorbeugung gegen Alzheimer, Krebs, Herzinfarkt und vieles mehr» von Matthew Walker PhD als Beweismittel anzugeben. Ausserdem finden Sie unten weitere Quellen, in denen einige der Beweise für die negativen Auswirkungen der Zeitumstellung aufgeführt werden.

Die Umstellung von Sommerzeit auf Winterzeit und zurück existiert seit 1980 in Deutschland und seit 1996 EUweit und wurde ursprünglich aus Energiespargründen eingeführt. Inzwischen ist jedoch zweifelsfrei erwiesen, dass diese Umstellung weder zum Energiesparen noch zu mehr Produktivität und finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen beiträgt. Ganz im Gegenteil verursacht diese Zeitumstellung eine lange Reihe von negativen Auswirkungen nicht nur für die Gesundheit der Bürger, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes. Auch die Ökonomie der betroffenen Länder leidet enorm unter dieser Praxis.

Diese Veränderung der Zeit bringt unseren Schlaf- und Biorhythmus zweimal im Jahr vollkommen durcheinander und führt deswegen zu unzähligen mentalen und körperlichen Problemen für die gesamte europäische Bevölkerung. Tausende Menschen sterben; Unzählige mehr sind einem erhöhten Risiko für ernsthafte Krankheiten und Stressoren ausgesetzt. Hunderte Millionen an Verlust für die Ökonomie.

Hier eine kleine Zusammenfassung der aufgeführten Beweise, die nicht nur in Das grosse Buch vom Schlaßzusammengetragen wurden:

- Nur einen Tag nach der Umstellung steigt die Anzahl der Herzanfälle in den Ländern, in denen die Zeitumstellung stattfindet, dramatisch an
- Autounfälle steigen bereits am folgenden Tag ebenfalls dramatisch an
- Tödliche industrielle Unfälle ebenfalls
- Am folgenden Tag steigen die ablenkenden Inhalte bei Suchanfragen im Internet an
- Äusserst konservative Schätzungen gehen davon aus, dass allein die Zeitumstellung in Amerika zu einem Verlust von 434 Millionen US-Dollar jährlich führt.
- Menschen verhalten sich egoistischer, gemeiner und unmenschlicher, wenn ihr Schlafrhythmus gestört wird
- Die Kreativität leidet enorm
- Die Konzentration leidet enorm
- Der Stresspegel steigt deutlich
- Das Hirn wird geschädigt durch Schlafstörungen

Am Ende der Umfrage wird man auch gefragt, ob man die Winter oder Sommerzeit beibehalten will, sollte man sich für die Abschaffung entscheiden. Da die Winterzeit die ursprüngliche Zeit war, die man mit dieser Zeit - umstellung verändert hat, ist es wahrscheinlich sinnvoll, die Winterzeit zu wählen. Höchste Zeit, dieser Praxis eine Ende zu setzten!

Quelle: https://de.sott.net/article/32693-Unterschreiben-EU-weite-Umfrage-fur-die-Abschaffung-der-Zeitumstellung

Ordentliches deutsches Gutachten: Russland hält sich an alle Völkerrechtsregeln in Syrien – Die USA, Israel und Vasallen nicht

Mi, 11 Iul 2018 18:17 UTC



© Sergey Guneev / Sputnik

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages kam zum eindeutigen Ergebnis, dass Russland absolut im Einklang des Völkerrechtes in Syrien handelt. Die USA, Israel und alle anderen Vasallen verstossen hingegen in Syrien gegen das Völkerrecht.

Das Gutachten kommt, auch wenn es der Bundesregierung wenig gefällt und sie unter anderem die EU-Sanktionen gegen Russland damit rechtfertigt, zum eindeutigen Ergebnis, dass der russische Militäreinsatz auf Einladung der syrischen Regierung völkerrechtskonform ist.

- RT

Der Initiator der Untersuchung, Alexander Neu, macht deutlich, dass Deutschland einer Doppelmoral unterliegt. Denn sie werfen Russland Vertragsbrüche vor, wenn es eigentlich Deutschland, die USA und alle anderen Staaten sind, die gegen das Völkerrecht verstossen. Er nennt die Ergebnisse der Untersuchung eine «schallende Ohrfeige» für Deutschland.

Quelle: https://de.sott.net/article/32699-Ordentliches-deutsches-Gutachten-Russland-halt-sich-an-alle-Volkerrechtsregeln-in-Syrien-Die-USA-Israel-und-Vasallen-nicht

Warum Trumps Plan, den Iran zu isolieren, nach hinten losgehen könnte

Ron Paul

Im Mai zog Präsident Trump die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem iranischen Atomabkommen heraus, obwohl der Iran seinen Verpflichtungen nachkam und das Abkommen wie geplant funktionierte. Während die USA die meisten Sanktionen gegen Teheran aufrechterhielten, hatten China und Russland – zusammen mit vielen europäischen Ländern – begonnen, die Vorteile des Handels mit einem Iran zu ernten, der darauf aus war, mit der Welt Geschäfte zu machen.

Jetzt droht Präsident Trump mit Sanktionen gegen jedes Land, das weiterhin Geschäfte mit dem Iran macht. Aber wird sein Versuch, den Status quo vor dem Iran-Abkommen wiederherzustellen, wirklich funktionieren? Auch wenn die Europäer den Forderungen der USA nachgeben, hat sich die Welt seit der Zeit vor dem Abkommen mit dem Iran stark verändert.

Präsident Trump stellt fest, dass seine Drohungen und seine hitzige Rhetorik nicht immer die gewünschte Wirkung haben. Während seine Regierung die Länder warnt, den Kauf von iranischem Öl bis November einzustellen oder eine Bestrafung durch die Vereinigten Staaten zu riskieren, treibt ein nervöser internationaler Ölmarkt die Preise immer weiter in die Höhe und bedroht den wirtschaftlichen Wohlstand, den er für sich in Anspruch nimmt. Präsident Trumps Antwort war die Forderung, dass die OPEC ihre Ölförderung um zwei Millionen Barrel pro Tag steigern sollte, um die Märkte zu beruhigen und die Preise zu senken.

Vielleicht hat ihm niemand gesagt, dass der Iran ein Gründungsmitglied der OPEC ist?

Als Präsident Trump letzte Woche twitterte, dass Saudi-Arabien damit einverstanden war, zusätzliches Öl zu fördern, um die Herausnahme des Iran aus den internationalen Märkten auszugleichen, korrigierten die Saudis ihn sehr schnell und sagten, dass sie zwar, falls nötig, die Kapazität erhöhen könnten, aber nicht versprochen hätten, dies zu tun.

Die Wahrheit ist, dass wenn der Rest der Welt Trumps Forderungen folgt und zu Sanktionen und Boykott des iranischen Öls zurückkehrt, etwa 2,7 Millionen Barrel pro Tag, die derzeit vom Iran geliefert werden, sehr schwer anderweitig zu ersetzen wären. Venezuela, das über enorme Reserven verfügt, aber unter anderem auch unter lähmenden US-Sanktionen leidet, fällt aus dem Weltölmarkt aus.

Der Irak hat seit seiner (Befreiung) durch die USA im Jahr 2003 und den darauf folgenden Aufständen der Al-Quaida und ISIS seine Ölförderkapazität nicht wiedererlangt.

Letzte Woche berichtete Bloomberg, dass «eine komplette Abschaltung der iranischen Verkäufe den Ölpreis auf über 120 Dollar pro Barrel drücken könnte, wenn Saudi-Arabien nicht mithalten kann». Würde das die US-Wirtschaft zum Absturz bringen? Vielleicht. Ist Trump bereit, das zu riskieren?

Die Forderung des Präsidenten Trump in der vergangenen Woche, dass die OPEC ‹die Preise jetzt senken› muss oder dass der militärische Schutz der OPEC-Länder durch die USA nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte, klang fast verzweifelt. Doch Trumps Offenheit ist im Grunde erfrischend: Wenn der Zweck des US-Militärs – mit einem jährlichen Gesamtbudget von einer Billion Dollar – darin besteht, die OPEC-Mitglieder gegen ‹billiges Öl› zu schützen, wie billig ist dieses Öl?

Am Ende werden China, Russland und andere nicht nur nicht Trumps Forderungen nach einer erneuten Isolierung des Iran folgen, sondern auch von Trumps Kriegslust gegenüber dem Iran profitieren. Eine chinesische Raffinerie hat gerade angekündigt, dass sie Bestellungen von US-Rohöl stornieren und sich stattdessen für Lieferungen an den Iran wenden wird. Wie viele andere könnten folgen und was könnte das bedeuten?

Ironischerweise könnte Präsident Trumps (harte Linie)-Ansatz gegenüber dem Iran dazu führen, dass Washingtons namentlich genannte Gegner Russland und China – vielleicht sogar der Iran – davon profitieren. Der klügste Ansatz ist zu diesem Zeitpunkt leider der unwahrscheinlichste: Rückzug aus dem Regimewechsel, Rückzug aus dem Krieg, Rückzug aus den Sanktionen. Trump wird möglicherweise letztendlich feststellen, dass die Kosten, diesen Rat zu ignorieren, höher sein könnten, als er dachte.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2018_07_10_warum.htm

EU-kritische Stimmen aus der Wirtschaft

12.07.2018, 17:33 von schweizerzeit; EU-No

Behauptungen und Wahrheit (II)

Bereits am 14. Juni 2018 hat das EU-No-Bulletin einige bemerkenswerte Standpunkte veröffentlicht, welche die Behauptungen von Economiesuisse und Bundesbern, sozusagen die gesamte Wirtschaft der Schweiz begrüsse das Projekt Rahmenvertrag, in den Bereich utopischer Wunschvorstellungen rückten. Heute vermitteln wir weitere EU-kritische Aussagen von Persönlichkeiten, deren Wort in der Wirtschaft Gewicht hat.

Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident von Adecco und Swisslife, nahm am 27. Mai 2018 in einem ausführlichen Interview unter anderem Stellung zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union. Wir vermitteln jenen Teil des Interviews, in dem sich Rolf Dörig zur Masseneinwanderung äusserte:

Einwanderungskontrolle: Hoheitsaufgabe der Schweiz

SonntagsZeitung: ... Wie haben Sie bei der Masseneinwanderungsinitiative gestimmt?

Rolf Dörig: «Mit Ja – um ein Zeichen zu setzen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Die EU verdammt die Schweiz dazu, ungewollte Zuwanderung auch von unqualifizierten Personen einfach hinzunehmen. Es geht mir darum, dass wir als Land die Immigration steuern können. Doch die Politik hat die Initiative nicht umgesetzt. Stattdessen haben wir nun diesen Bürokratie-Moloch, der Unternehmen zwingt, nachzuweisen, dass sie nicht gegen den Inländervorrang verstossen. Und gleichzeitig hat der Bundesrat die Drittstaatenkontingente gesenkt.»

Wie hätte die Initiative umgesetzt werden können, ohne die bilateralen Verträge zu gefährden?

«Es gibt rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Damit meine ich alles, was die Souveränität der Schweiz – also direkte Demokratie und Föderalismus – auch nur annähernd in Frage stellt. Der Bundesrat darf diese staatspolitischen roten Linien auch für wirtschaftliche Vorteile nicht überschreiten.»

Die Schweiz würde doch ohne Arbeitskräfte aus der EU gar nicht funktionieren.

«Wir brauchen Fachkräfte. Aber wir müssen selbst entscheiden können, welche. Zudem brauchen wir Fachkräfte aus der ganzen Welt, nicht nur aus Europa. Den Metzger aus Neuseeland, die Informatik-Spezialistin aus Indien, den Pfleger aus Vietnam, den Forscher aus Amerika. Weil der Bundesrat die Drittstaatenkontingente gesenkt

hat, ist der Zugang zu solchen Leuten nun eingeschränkt. Stattdessen hätte er die Kontingente erhöhen oder sie gleich ganz abschaffen können.»

(SonntagsZeitung, 27.05.2018)

⟨Rote Linien⟩

Paul Widmer, der die Schweiz in mehreren Ländern als Botschafter vertreten hat, legte während seiner Tätigkeit immer auch Schwerpunkte bezüglich wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Zu sog. ‹Roten Linien› des Bundesrats äusserte er sich in einer Gastkolumne der NZZ am Sonntag wie folgt:

«Ich habe nichts dagegen, dass der Bundesrat die flankierenden Massnahmen zur roten Linie erklärt. Das passt zwar nicht in eine liberale Wirtschaftsordnung. Und wahrscheinlich gäbe es auch noch einigen Spielraum für Verhandlungen. Aber das Vorgehen ist innenpolitisch nötig. Die oberste Landesbehörde weiss, dass ein Rahmenabkommen ohne die Unterstützung der Linken beim Volk keine Chancen hätte.

Etwas anderes jedoch stört mich. Wenn die Linke pfeift, pariert der Bundesrat. Flugs stellt er deren Forderung auf den Sockel des Unentbehrlichen. Anders verhält er sich, wenn die Forderungen aus dem bürgerlichen Lager kommen. Er bleibt vage. Dabei wären zwei andere rote Linien ungleich wichtiger. Sie betreffen nicht nur ein Segment unserer Gesellschaft. Sie betreffen uns alle, sie betreffen die Existenz unseres Staates. Worum geht es? Die Schweiz muss sich in einem Rahmenabkommen verpflichten, zukünftig in neuen Verträgen das EU-Recht dynamisch zu übernehmen. Das soll auch für fünf wichtige Verträge wie die Personenfreizügigkeit aus den Bilateralen I gelten. Das geht weit. Kann die Schweiz dieses Risiko eingehen? Ja – aber nur, wenn zwei Bedingungen gewährleistet sind: Erstens muss Brüssel akzeptieren, dass die Schweiz das EU-Recht unter Wahrung ihrer direktdemokratischen Tradition übernimmt. Das heisst, das Volk hat, wenn es in einem Referendum danach verlangt, auch bei der Rechtsübernahme das letzte Wort. Es kann eine neue Bestimmung ablehnen. Dann kommt es zu einem Opting-out. Ist die EU nicht bereit, diese Vorbedingung vollumfänglich anzunehmen, darf der Bundesrat kein Rahmenabkommen schliessen. Wir dürfen nicht unseren von unten aufgebauten Staat für eine von oben diktierte Rechtsübernahme aufgeben.»

(NZZ am Sonntag, 27. Mai 2018)

Schwer verständliche Hast

Gerhard Schwarz, lange Jahre Chef der NZZ-Wirtschaftsredaktion, danach Direktor von Avenir Suisse, gehört zu den gewichtigsten Stimmen in der Schweizer Wirtschaft. Dies trifft auch zu für Rudolf Walser, ehemals Chef-Ökonom bei Economiesuisse, später ebenfalls für Avenir Suisse tätig. In einer gemeinsam verfassten Kolumne äusserten sie sich am 9. April 2018 zur Verhandlungsführung durch Bundesbern:

«Sollte die vom Bundesrat für die Streitbeilegung angestrebte Lösung auf Basis eines unabhängigen Schiedsgerichts zum Tragen kommen, ist in jedem Fall darauf zu achten, dass, wo Schiedsgericht draufsteht, auch Schiedsgericht drin ist. Ein Schiedsgericht zwischen souveränen völkerrechtlichen Partnern verdient gemäss der internationalen handelspolitischen Praxis nur dann seinen Namen, wenn es paritätisch aufgebaut ist, für alle Streitfälle zwischen den Vertragsparteien zuständig ist, abschliessend urteilt und sein Urteilsspruch von beiden Seiten akzeptiert wird. Ein Schiedsgericht, das dem EuGH vorgelagert wäre, der in seiner Rechtsprechung «dem immer engeren Zusammenschluss» der EU verpflichtet ist, würde diesen Kriterien genauso wenig entsprechen wie eines, das nur sehr selektiv für Teile des Abkommens zuständig wäre.

Eine derartige Schiedsgerichtlösung würde die Schweiz auch aus der heutigen unkomfortablen Sandwichstellung befreien, die dadurch entsteht, dass die EU die Schweiz einmal als Binnenmarktteilnehmer behandelt (by participating in parts of EU internal markets and policies, Switzerland is not only engaging in a bilateral relation but becomes a participant in a multilateral project) und dann wieder nur als bilateralen Partner. Auf dieser Klaviatur weiss die EU munter zu spielen, wie die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Anflugregime des Flughafens Zürich zeigen.»

. . .

«Der Bundesrat verbindet seine Adjustierung leider auch mit einer schwer verständlichen Hast und vermittelt den Eindruck, ein rascher Abschluss sei nun dringend nötig. Das trifft in mehrfacher Hinsicht nicht zu – ganz abgesehen davon, dass eine offen deklarierte Eile und ein Zieldatum nur die eigene Verhandlungsposition schwächen.

Erstens wird heute auf der bestehenden Vertragsbasis jährlich ein Handelsvolumen von rund 240 Mrd. Franken (2016) so gut wie friktionslos abgewickelt. Zweitens ist beim Rahmenabkommen die EU «demandeur». Die Schweiz oder die europäische und die schweizerische Wirtschaft haben nie ein institutionelles Rahmenabkommen verlangt. Drittens gibt es zurzeit keine Themen, die dringend nach einem bilateralen Abkommen rufen, sieht man

von dem unfreundlichen Akt der EU in Sachen Börsenäquivalenz ab, der zeigt, welche Seite hier Druck aufsetzt und offenbar in Eile ist. In diesem Zusammenhang würde es vermutlich helfen, wenn Politik und vor allem Verwaltung nicht ständig neue Anliegen, die bestenfalls (nice to have) sind, entwickelten. Viertens muss man kein Experte in Spieltheorie sein, um zu erkennen, dass Verhandlungen mit der EU vor dem Brexit der Schweiz nur zum Nachteil gereichen können. Die EU ist nämlich fast gezwungen, kleinlich zu sein, weil sie alles, was sie der Schweiz grosszügig gewährt, anständigerweise auch Grossbritannien zugestehen müsste.»

(NZZ am Sonntag, 9. April 2018)

Marktuntaugliche Einheitswährung

Schliesslich vermitteln wir noch eine Lagebeurteilung eines europaweit geachteten Ökonomieprofessors, von Dr. Joachim Starbatty, Mitglied des EU-Parlaments. Zur Funktionsweise einer Volkswirtschaft äussert Starbatty folgende Überlegungen:

«Jede Volkswirtschaft hat drei Aktionsparameter zur Sicherung internationaler Konkurrenzfähigkeit: Zinsen, Wechselkurse und Löhne. Bei einer Währungsunion werden Zinsen und Wechselkurse vergemeinschaftet. Verliert ein Mitgliedsland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, kann es nicht mehr abwerten, um durch Verbilligung seiner Exporte die interne Beschäftigung zu sichern und um Devisen zur Begleichung seiner Schulden zu erwirtschaften. Die verschuldeten Länder müssen durch Haushaltskürzungen und Lohnsenkungen den falschen Wechselkurs – ein für diese Länder überbewerteter Euro – kompensieren, die härteste Form der Anpassung. Kanzlerin Merkel hat darauf bestanden, dass die notleidenden Schuldnerländer sich an Regeln halten, um von den Schulden herunterzukommen. Sie hätten auch strukturelle Reformen anpacken müssen, um finanzielle Notoperationen überflüssig zu machen. Die Koalition aus «Fünf Sterne» und «Lega» in Italien zeigt uns allen nun, dass sie sich nicht um ihre europäische Verantwortung schert, obwohl die Nullzinspolitik von EZB-Präsident Draghi und sein Programm zum Ankauf von Staatsanleihen die Zinslast gerade des überschuldeten Italien stark gesenkt haben.

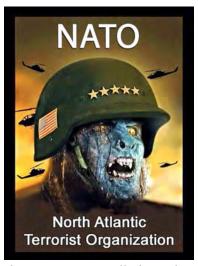
Sie haben auch dafür gesorgt, dass sich die Investitionsfähigkeit belebt hat und die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Doch sind bloss oft prekäre Arbeitsverhältnisse entstanden, und die Löhne verharren auf einem niedrigen Stand. Die Menschen arbeiten zwar mehr, aber für weniger Geld. Das ist kein Zustand, der über Jahre durchgehalten werden kann. Wenn Draghis Nullzinspolitik ausläuft, der Ankauf von Staatsanleihen eingeschränkt wird und damit die Zinsen steigen, steht die Eurozone wieder vor dem Abgrund. Draghi selbst nennt den Euro fragil. Jederzeit kann er auseinanderbrechen.»

(Junge Freiheit, 25.05.2018)

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/bemerkenswerte-standpunkte_205?SID=aa6d831c7491b64ce4884e1593c885584e8c47d1

Die NATO ist ein Schwindel

https://www.theautomaticearth.com/2018/07/nato-is-a-con-game/von Raúl Ilargi Meijer, 11.07.2018



Schon gut, schon gut. Trump hat es wieder getan. Er verprellt die Verbündeten. Dieses Mal war es Deutschland, das den heftigsten Schlag abbekam. Wegen der Tatsache, dass es Russland Milliarden Dollar für Öl und Gas zahlt, während es sich bei der Verteidigung – gegen Russland – auf die USA verlässt. Und ja, das ist eine seltsame

Situation. Aber das ist keineswegs der einzige Aspekt der Geschichte. Es gibt noch viel mehr. Zum einen haben die USA die mit Abstand grösste Militärindustrie. Sie verdienen also viel Geld mit den Milliarden, die die NATO-Partner für Waffen ausgegeben haben. Natürlich möchten Raytheon, Boeing und andere, dass sie noch mehr Geld ausgeben. Aber sobald sie das täten, würden sie nach noch mehr verlangen.

Irgendwann muss man sich fragen, wie viel man wirklich ausgeben soll. Wie viel ist genug, wie viel ist nötig? Der militärisch-industrielle Komplex (MIC) hat allen Grund, die Bedrohung durch Feinde so gross wie möglich zu machen. Da wir das wissen, müssen wir diese Bedrohung mit einer Tonne Skepsis aufnehmen. Und das ist nicht einfach. Weil der MIC einen grossen Einfluss auf Politik und Medien hat. Aber wir können einige Zahlen anbieten. Laut Global Fire Power werden die USA im Jahr 2018 für ihr Militär 647 Milliarden Dollar ausgeben, während Russland ganze 600 Milliarden Dollar weniger ausgibt, nämlich 47 Milliarden Dollar. Und der US-Senat hat letztens bereits einen Zuschlag von 82 Milliarden Dollar beschlossen.

Es gibt andere Zahlen, die darauf hindeuten, dass Russland 60 Milliarden Dollar ausgibt, aber selbst dann. Wenn Moskau nur 10% der USA ausgibt und viel weniger als das, wenn man alle Ausgaben der NATO-Mitglieder hinzurechnet – wie gross ist dann die Gefahr für die NATO?

Sicher, ich habe es schon einmal gesagt, Russland stellt Waffen zu seiner Verteidigung her, während Amerika sie herstellt um Geld zu verdienen, was sie viel weniger effizient macht. Aber es sollte wirklich offensichtlich sein, dass die Bedrohung durch Russland völlig unverhältnismässig aufgebläht wird.

Das Problem dabei ist, dass die europäischen Länder aus irgendeinem Grund die Drohkarte genauso gerne ausspielen wie Amerika. Schliesslich haben auch Grossbritannien, Frankreich und Deutschland grosse Waffenhersteller. Also stecken sie alle da drin. Die baltischen Staaten rufen nach mehr US-Schutz, ebenso Schweden. Und Merkel hat sich vor wenigen Tagen wieder auf Putin konzentriert. Das Spiel muss weitergehen.

Ein anderer Aspekt dazu ist die Feststellung, dass das BIP der USA im Jahr 2017 laut IWF 19,3 Billionen Dollar betrug, während das von Russland 1,5 Billionen betrug. Auch die NATO-Mitglieder Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien haben ein deutlich höheres BIP als Russland. Das BIP der Europäischen Union lag 2017 bei 17,3 Billionen Dollar.

Wenn dieses wirtschaftlich so schwache Russland wirklich eine solche Bedrohung für die NATO wäre, wenn es seine Mittel so viel besser und klüger einsetzen würde als jeder andere, dann sollten wir besser alle damit anfangen, weisse Fahnen zu schwenken. Und um ihre Hilfe bitten, denn diese Art von Effizienz, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verteidigung scheint genau das zu sein, was unsere schuldengeplagten Länder brauchen.

Die Lösung jener Probleme, die Trump heute morgen angedeutet hat, besteht nicht darin, dass Deutschland und die anderen mehr für die NATO und ihr Militär ausgeben, sondern dass die USA weniger ausgeben. Viel weniger. Denn die russische Bedrohung ist ein Schwindel, der den Interessen des MIC, der Politiker und den Medien dient.

Und weil Amerika viel bessere Zwecke hat, um sein Geld auszugeben. Und weil wir alle viel sicherer wären, wenn dieses absurde Theater geschlossen würde. Um es noch einmal zu sagen: Die Entwicklungen in der Waffentechnologie, zum Beispiel die Hyperschall-Raketensysteme, machen die meisten anderen Waffensysteme überflüssig. Was für den MIC offensichtlich eine grosse Bedrohung darstellt.

Ein Angrifff Russlands auf die NATO ergibt genauso viel Sinn wie ein Angriff der NATO auf Russland: Nämlich überhaupt keinen. Nicht zu gewinnen. Ein Angriff Russlands auf Deutschland und andere europäische Länder, denen es Öl und Gas verkauft, ergibt keinen Sinn, weil es dann diese Einnahmen verlieren würde. Unter diesem Gesichtspunkt ist die europäische Abhängigkeit von der russischen Energie sogar ein Friedensstifter, weil das beiden Seiten zugute kommt.

Kann irgendwas von den Russiagate-Dingen wahr sein? Natürlich hat Russland «schlechte» Elemente, die versuchen, die Dinge im Ausland zu beeinflussen. Genauso wie die USA, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland ... vervollständigt die Liste und malt das Bild aus. Was ist mit der britischen Vergiftungsstory? Das ist wirklich eine wilde Sache. Russland hat keinen Grund, einen längst verlorenen Doppelspion zu vergiften, den es selbst vor Jahren freigelassen hat. Nicht zu einer Zeit, wenn eine erfolgreiche Weltmeisterschaft winkt.

342 Diplomaten wurden ausgewiesen und setzen die ehrwürdige Tradition des regelmässigen Austauschs von Spionen und Doppelagenten aufs Spiel. Das liegt überhaupt nicht im Interesse Moskaus. Grossbritannien hatte und hat dabei jedoch viel zu gewinnen. Solange das Volk und seine Alliierten leichtgläubig genug bleiben, diese vergiftete Geschichte zu schlucken. Ein Hinweis: Beide Vergiftungen, wenn sie denn echt sind, traten nur wenige Kilometer von Porton Down auf, dem britischen Hauptlabor für chemische Waffen.

Und überhaupt, wenn Putin will, dass sein Land stark und unabhängig ist, das wäre das Letzte was er täte, seine Öl- und Gasverträge mit Europa zu riskieren. Sie sind einfach zu wichtig, wirtschaftlich und politisch. Trump möchte von dem Geschäft etwas abbekommen, das ist verständlich. Aber im Moment kann das amerikanische LNG nicht mit russischen Pipelines konkurrieren. So einfach ist das.

Hoffen wir, dass Trump und Putin in fünf Tagen vernünftig miteinander reden können. Es hängt eine Menge davon ab. Hoffen wir, dass Trump seinen Kopf rechtzeitig aus den Ärschen der NATO und dem Tiefen Staat der USA und der EU herausbekommt. An diesen dunklen Orten gibt es kein 〈America First〉 oder 〈Make America Great Again〉. Es wird Zeit, frische Luft hereinzulassen und miteinander zu reden. Amerika sollte immer mit Russland reden.

Das ist lustig: Je mehr Sanktionen gegen Russland verhängt werden, desto stärker wird es, weil es lernen muss und sich an die Selbstversorgung anpasst. Du willst Russland schwächen? Dann mach es vom Handel mit ihm abhängig, anstatt den Handel abzuschneiden. Nun, dazu ist es zu spät, sie werden für Jahre keiner westlichen Stimme mehr vertrauen. Und wir sind zu schwach um sie zu bekämpfen. Nicht dass wir das überhaupt wollen sollten.

Wir alle sind Gefangene von Menschen, die uns glauben machen wollen, dass wir noch im letzten Jahrhundert stecken, denn das ist ihr Ticket für ihr mehr als verschwenderisches Festmahl. Aber das ist alles eine Einbildung, ein komplett erfundenes Märchen. Die NATO ist ein Schwindel.

Quelle: https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/die-nato-ist-ein-schwindel/

Spitzel, Pöbler, Denunzianten (SPD) – eine Partei übertrifft sich selbst

Veröffentlicht am 16. Juli 2018 von conservo; Von Philolaos *)

Kluge Köpfe sind in der Partei der *Spitzel, Pöbler und Denunzianten* (SPD) Mangelware. Die Stärken der SPD liegen eher im Diffamieren, Dämonisieren und Denunzieren (3D), flankiert von Sekundärtugenden wie Plakat-Abreissen.

Wir wissen zwar nicht, ob der Premium-Pöbler Ralf (Ralle) Stegner der angehenden Splitterpartei SPD an Ischias leidet, auf alle Fälle hat Stegner seinem Ärger über die Abschiebung eines islamistischen Gefährders mächtig Luft gemacht. Konkret geht es nach einer Meldung des Bayerischen Rundfunks um folgenden Sachverhalt: Stegner kritisiert Abschiebung des tunesischen Gefährders Sami A.

Berlin: SPD-Vize-Chef Stegner hat die Abschiebung des tunesischen Gefährders Sami A. kritisiert. Damit sei grosser politischer Schaden angerichtet worden, sagte Stegner. Der Vorfall müsse aufgeklärt und es müssten politische Konsequenzen gezogen werden. Gestern früh war der ehemalige Leibwächter des Al-Quaida-Chefs bin Laden abgeschoben worden. Der Islamist hatte mit Frau und Kindern in Bochum gelebt. Kurz nachdem sein Flug Richtung Tunesien gestartet war, wurde bekannt, dass das Landgericht Gelsenkirchen die Rückführung für grob rechtswidrig hält. Es verlangt nun, dass Sami A. zurück nach Deutschland geflogen wird. Tunesien teilte inzwischen mit, dass man Sami A. vorerst nicht ausreisen lassen wolle. Es lägen Erkenntnisse vor, dass er an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen sei. Derzeit werde er vernommen.

Quelle: B2/KL/Dig 14.07.2018 18:00"

Landtagsabgeordneter und Denunziant Sven Wolf (SOPD) (c) Wikipedia

HumanitärUNrecht verleitet Minister zu rechtswidrigem Aktionismus

Derweil hat der SPD-Landtagsabgeordnete Sven Wolf bei der Staatsanwaltschaft in Berlin wegen der Abschiebung des Gefährders Anzeige gegen Bundesinnenminister Horst Seehofer erstattet:

Ein Innenminister müsse sich (an Recht und Gesetz halten), sagte Wolf dem WDR. Der SPD-Politiker wirft Seehofer vor, die Entscheidung des Gelsenkirchener Gerichts (im Alleingang) ignoriert zu haben. Seehofer habe (ganz bewusst mal das Recht brechen wollen, um zu zeigen, dass er so etwas machen kann), sagte Wolf.

Seehofer setzte sich persönlich für die Abschiebung des Bin-Laden-Leibwächters ein, der ein Jahrzehnt lang von uns alimentiert werden musste.

Tatsächlich leiden Minister wie Seehofer oder Salvini daran, dass sie unter den Einschränkungen der Genozidalen Menschenrechte sehr impotent dastehen und ständig eine Wählerklientel enttäuschen müssen, die kein Gelaber sondern Actions sehen will. Von Seehofer war im Vorfeld berichtet worden, dass er auf Abschiebung des Bin-Laden-Leibwächters gedrängt habe, nachdem BILD dessen jahrzehntelange Alimentierung skandalisiert hatte.

Zugleich läuft eine laute leitmediale Kampagne, die der CSU wegen ihrer Vorstösse zur Bremsung der Zuwande rung Zivilisationsbruch vorwirft. Seehofer und Söder liessen sich schon wegen des Wortes «Asyltourismus» in die Defensive drängen. Auch hier stellte die SPD unter tosendem leitmedialem Applaus absurde Anzeigen. Die Medien stören sich daran, dass wir Analogien zwischen Asyltourismus, Medizintourismus, Justiztourismus, Richterflucht etc. sehen. Sozialdemokratie ist, wenn über solche Sachverhalte nicht diskutiert und am besten gar nicht nachgedacht wird, und die CSU beugte sich schliesslich dieser sozialdemokratischen Etikette. Einen weiteren Vorwand lieferte der Selbstmord eines afghanischen Intensivtäters, den der junge SPD-Kevin fälschlicherweise mit Äusserungen von Seehofer in Verbindung brachte, was Seehofer wieder als kaltherzig erscheinen liess und diversen SPD-Politikern als Grund für Rücktrittsforderungen gegen Seehofer ausreichte. Ein paar bekannte Merkelfreunde aus der alten Garde wie Erwin Huber stellen sich derzeit einer Kampagne des Spiegel als Exponenten eines angeblichen CSU-Aufstandes gegen Seehofer zur Verfügung.

Aktionismus von Salvini befeuert Humanitärfrömmler

Die Zusammenarbeit von Seehofer mit Kickl und Salvini in einer (Koalition der Willigen) hat weitere Gelegenheiten für Angriffe auf Seehofer gegeben, obwohl Seehofer in seinen Äusserungen durchaus auf eine gewisse Distanz zu seinen beiden Verbündeten achtete.

Die halbherzigen Manöver von Salvini helfen derzeit den HumanitärfrömmlerInnen Italiens und Deutschlands, sich als Zivilisationshüter aufzuspielen. Zwar schützen sie lediglich eine ‹Zivilisation› der radikalen Gesinnungsethik und Genozidalen Humanitärfrömmelei. Aber sobald ein Minister wie Salvini in die Domäne der Justiz oder Staatsanwaltschaft eingreift, um sich vor dem Volk als Macher darzustellen, wie Salvini es im Fall des Schiffes ‹MS Diciotti› getan zu haben scheint, liefert er den Zivilisationsschützern bessere Argumente. Eine ähnliche Angriffsgelegenheit wittert Sven Wolf nun auch im Fall des Bin-Laden-Leibwächters. Dort wurde womöglich der Gerechtigkeit Vorrang vor dem Recht gegeben, was dem autoritären Staatsverständnis absolut widerstrebt. Sofort greift SPD-Wolf zur Lieblingswaffe der SPD, der Denunziation. Doch Abschiebung ist Ländersache, und Seehofers BMI hat lediglich dem Düsseldorfer Landesflüchtlingsministerium Amtshilfe gegeben.

SPD Spitzel, Pöbler, Denunzianten (SPD) Eine Schicksalsgemeinschaft wie Pech und Schwefel

Somit schliesst sich der Kreis. Die Partei der Spitzel, Pöbler und Denunzianten (SPD) bestätigt bisher getätigte Erfahrungen, gegen Andersdenkende übergriffig zu werden, Rufmord zu begehen oder berufliche Existenzen zu zerstören. Es war auch die SPD, die sich zuletzt für den Familiennachzug asylunberechtiger Gefährder stark machte.

Zugleich beschreitet SPD-Minister Maas ganz geradlinig den von den Genozidalen Menschenrechten vorgezeichneten Weg der Totalen Humanität. Bis 2065 sollen laut dem von Maas federführend ausgearbeiteten UN-Migrationspakt hunderte Millionen Schwarzafrikaner nach Europa umgesiedelt werden. Wer dieser Zivilisationszerstörung nicht zustimmt sondern irgendwie aus dem Korsett des HumanitärUNrechts auszubrechen versucht, begeht laut SPD-Logik Zivilisationsbruch, und die SPD weiss nur allzu gut, dass ein Minister wie Seehofer der Versuchung ausgesetzt sein könnte, solche Ausbrüche zu wagen. Das reicht ihr zur Begründung eines Verdachts.

Die Petition für Souveränität in der Asylpolitik, die den einzigen korrekten Ausweg aus den Genozidalen Menschenrechten weist, hat 267 100 Unterschriften erhalten.

* Quelle: https://bayernistfrei.com/2018/07/14/sven-wolf/

Quelle: https://conservo.wordpress.com/2018/07/16/spitzel-poebler-denunzianten-spd-eine-partei-uebertrifft-sich-selbst/#more-21304

Präsidententreff in Helsinki: Präsident Putin, Russische Föderation und Präsident Trump, Geteilte Staaten von Nordamerika

16. Juli 2018 um 8:40 Uhr | Verantwortlich: Redaktion; Veröffentlicht in: Das kritische Tagebuch

Dr. Willy Wimmer, zu Kanzler Kohls Zeiten Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, aktiv in der OSZE und einer der ersten aufmerksamen Beobachter der Bewegung des Westens weg von der Entspannungspolitik und hin zur militärischen Intervention als Ersatz für gute Politik, kommentiert das heutige Treffen. – Das wird der erste NachDenkSeiten-Beitrag in dieser Woche zum Thema West-Ost, Trump und Russ land sein. Es werden weitere folgen. Das ist angesichts der Brisanz der Themen nicht vermeidbar. Albrecht Müller.

Willy Wimmer:

Wenn sich beide Präsidenten am 16. Juli 2018 in der finnischen Hauptstadt Helsinki treffen, schiessen jedem aufmerksamen Betrachter zahlreiche Gedanken durch den Kopf. Das betrifft zunächst die beiden Präsidenten,

die sich da zum ersten Mal zusammensetzen können bei einem Treffen, das ausschliesslich ihnen beiden gilt. Muss man sich dabei als Betrachter wundern, welche Symbolik damit verbunden ist? Dies betrifft zunächst den russischen Präsidenten Putin, der als Senior der beiden Gesprächspartner zu werten ist. Gipfeltreffen dieser Dimension sind noch mit den Bildern des ersten Kalten Krieges behaftet. Damals trafen sich beide Staatsspitzen als Vertreter antagonistischer Blöcke, die sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstanden. Heute ist alles anders. Seit Jahren geht der russische Präsident Putin im Kern auf die Staaten der NATO mit ausgestreckter und offener Hand zu. Sein Problem besteht eigentlich nur im Umstand, dass Präsident Jelzin den gesamten Westen gleichsam verwöhnt hatte. Man musste Russland nicht mehr zum Nennwert nehmen und daran hatte sich der Westen gewöhnt. Unter Präsident Putin hat sich das grundlegend geändert und der Westen geriet Russland gegenüber aus der Spur.

Auch Präsident Trump hat Probleme damit, mit ausgestreckter Hand auf den Vertreter Russlands zugehen zu können. Sein Credo war es seit seiner Nominierung, mit Präsident Putin den Versuch einer Verständigung zwischen beiden Kernstaaten der nördlichen Hemisphäre herbeiführen zu wollen. Das war weder für die von Demokraten noch Republikanern in Washington gestellte Kriegsallianz noch europäische Verbündete akzeptabel. In Washington selbst wurde jeder nur greifbare Kübel von politischem Unrat über Präsident Trump ausgeschüttet, um ihn von jedwedem Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin abzuhalten. Man muss sich geradezu wundern, dass vor dem Hintergrund einschlägiger Phänomene in der amerikanischen Staatspraxis Präsident Trump die physische Möglichkeit hat, nach Helsinki reisen zu können. Erstaunlich, wenn man sich die relativ kurze, aber eindeutige Geschichte der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet ansieht. Auch die europäischen Satrapen der Vereinigten Staaten haben Probleme mit Präsident Trump und seiner Politik der ausgestreckten Hand gegenüber seinem Kollegen aus Moskau. Seit Präsident Bill Clinton hat man über den Präsidenten George W. Bush, dem Zerstörer, bis hin zu Barak Obama jedem amerikanischen Präsidenten seinen ‹Präsidentenkrieg› durchgehen lassen. Die Zerstörung weiter Teile der Welt durch die Vereinigten Staaten unter diesen Kriegs präsidenten wurde mit augenfälligem Beifall hündischer Vasallen aus Europa hingenommen, ohne mögliche Anträge beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu stellen. Man muss nur die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofs und die Vorgehensweise der amerikanischen genannten Präsidenten sich vor Augen führen, um die Dimension der europäischen Kotau-Politik gegenüber den Washingtoner Kriegstreibern zu begreifen. Musterbeispiel dafür ist die noch im Amt befindliche deutsche Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, die sich den Staffelstab für die Bagage internationaler Kriegstreiber durch den Noch-Präsidenten Obama in Berlin aushändigen liess.

Ein Blick auf diese Praxis macht deutlich, dass weder das eigene Land noch die Partner in Westeuropa mit einem Präsidenten Trump und einer offenkundigen Verständigungsperspektive etwas anfangen können. Sind ihnen die Präsidenten lieber, die als politischen Männlichkeitsnachweis in alter globaler Kriegstradition einen Krieg nach dem anderen in der Manier vom Zaun gebrochen haben, wie sie zum Ersten und Zweiten Weltkrieg geführt haben? Fragen an die Adresse der Vereinigten Staaten ergeben sich zu Hauf und sie wurden seit dem NATO-Treffen am 12. Juli 2018 in Brüssel geradezu dramatisch auf die internationale Tagesordnung gebracht.

Die zentrale Frage ist die, was und wen Präsident Trump überhaupt vertritt, wenn er sich mit dem russischen Präsidenten Putin trifft? Wie viele Vereinigte oder Getrennte Staaten von Amerika gibt es eigentlich, und was muss die Welt bedenken, wenn die ersten Erklärungen über ein mögliches Gesprächsergebnis die Augen der Weltöffentlichkeit erreichen? Schon in der Person des Präsidenten Trump gehen die Dinge auseinander. In Helsinki will er die Politik der ausgetreckten Hand deutlich machen. Da kann man Ergebnisse erzielen, bis hin zu dem Unterlaufen der eigenen Sanktionspolitik gegenüber Russland zu Lasten der europäischen Gefolgschaft. Aber eines bekommt man nicht auf die Reihe, auch nicht bei Präsident Trump. Beim NATO-Gipfel in Brüssel hat er sich voll hinter die von den Präsidenten Clinton bis Obama betriebene Aufmarschpolitik gegenüber der Russischen Föderation gestellt.

Die Ziele der aus Washington erkennbaren Politik gegenüber der Russischen Föderation sind seit langem eindeutig. Dazu zählt vor allem:

- 1. Der Russischen Föderation einen Platz der Gleichberechtigung am Tisch der europäischen Völkerfamilie deshalb zu verweigern, weil das die angelsächsische Dominanz relativieren könnte.
- 2. Alles zu unternehmen, die Entscheidungsgewalt der Staatsorgane der Russischen Föderation über das eigene Land in Frage zu stellen.
- 3. Ein derartiges Mass an militärischen Zündeleien an den Grenzen der Russischen Föderation zu bewerk stelligen, dass gegebenenfalls mit dem Ausbruch von Feindseligkeiten gerechnet werden muss.
- 4. Seit der Konferenz von Bratislava im Mai 2000 alles zu unternehmen, über einen «Ost-Limes» die Russische

Föderation von ihren natürlichen Partnern nach Westen zu trennen und eine Politik der Auflösung des russischen Staatsgebietes zu betreiben.

5. Den amerikanischen Militärbefehlshabern in Europa freie Hand auf den Territorien der westeuropäischen Staaten zur Kriegsvorbereitung gegen Russland einzuräumen.

Diese erkennbaren und über Jahrzehnte verfolgten Ziele der amerikanischen Politik, die bei dem NATO-Gipfeltreffen in Brüssel in Vorbereitung des Helsinki-Treffens noch einmal nachdrücklich manifestiert worden sind, machen zwei Handlungsstränge der amerikanischen Politik klar und eindeutig. Oben die Politik des (Deals) mit Präsident Putin und darunter auf einer gleichberechtigten Ebene die Politik der Kriegsvorbereitung gegen denjenigen, mit dem man auf der Präsidentenebene verhandelt.

Das sind nicht nur zwei Amerika, die sich da auftun. Es sind noch mehr, wie der staunende Beobachter feststellen muss. Schon die inneramerikanischen Diskussionen, die dazu führten, das internationale Abkommen über den Iran zu verlassen, haben die Macht des von Kriegshetzern bestimmten amerikanischen Kongresses deutlich gemacht. Hat Trump für Helsinki überhaupt Vollmacht?

Bereits jetzt sieht die staunende Welt, wie Bestandteile des amerikanischen Staatssystems mittels Anklagen gegen russische Staatsbürger übereinander herfallen. Bei nüchterner Betrachtung der Gefechtslage zwischen New York und Los Angeles muss man feststellen, dass eines nicht ausgemacht ist. Bei allen Bemühungen aus Washington, Russland aufs Kreuz zu legen und viele, viele Russlands zu schaffen, könnte sich eine Selbst-Zerlegung der Vereinigten Staaten deutlicher am Horizont abzeichnen. Das gilt ebenso für die konstitutionelle Dimension wie für die ethnischen oder Bürgerkriegs-relevanten Komponenten.

Wie viele Staaten oder Machtzentren auf dem Territorium der heutigen Vereinigten Staaten verträgt die Welt und wird «Washington» zu einem politischen «schwarzen Stern»? Die Wahl von Präsident Trump war der Versuch der Mehrheit der Amerikaner, innerhalb ihres politischen Systems die Staatsgewalt wieder an den Volkswillen zu binden. Diejenigen politischen Kräfte, die in den letzten dreissig Jahren die Amerikanisierung des Globus unter dem Deckmantel der «Globalisierung» betrieben haben und dies bis zur allgemeinen Freigabe von Drogen und der Vernichtung der kulturellen Identität von Völkern betreiben, werden sich nicht verkriechen und Trump machen lassen. Das Milliardärs-Treffen der Trump-Feinde unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl hat das deutlich werden lassen. Der ehemalige Planungschef des deutschen Auswärtigen Amtes, Herr Dr. Frank Elbe, hat in einem ungewöhnlich detaillierten öffentlichen Text darauf aufmerksam gemacht, welche politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten den Machtapparat der USA nutzen, eine politische Rückkehr auf das Territorium jenes Staates zu bewerkstelligen, das ihre Vorfahren vor mehr als einem Jahrhundert verlassen haben. Das wird Präsident Putin vor Augen haben müssen, wenn er sich mit seinem Präsidenten-Kollegen Trump zusammensetzt. Willy Wimmer, 15. Juli 2018

Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=44967

Panik im Mainstream: Putin-Trump Gipfel endet positiv! «Ball ist jetzt auf seiner Seite»

Philipos Moustaki; Sott.net; Mo, 16 Jul 2018 16:18 UTC

Das lang erwartete Gipfeltreffen zwischen Trump und Putin ist in Helsinki mit einer Pressekonferenz der beiden Präsidenten zu Ende gegangen.



Putin übergab Trump den WM-Fussball und sagte: «Jetzt ist der Ball auf seiner Seite»

Nach wochenlanger Hysterie in den Mainstream-Medien – insbesondere im US-Establishment – im Vorfeld dieses Treffens, das tatsächlich ohne Berater unter vier Augen zwischen den beiden Regierungschefs stattgefunden

hat, ist die Welt nun gespannt darüber, was besprochen wurde. Die US-Eliten haben sichtlich Angst vor den positiven Entwicklungen, die Trump und Putin in der Pressekonferenz nach dem Gespräch angekündigt haben. In dieser Pressekonferenz wurde deutlich, dass die Präsidenten über mehrere Stunden fruchtbare Gespräche hatten und sich auf einer Wellenlänge befinden. Das betrifft nicht nur ihr Anliegen für Verbesserungen der Beziehungen beider Länder zueinander, globale Sicherheit und die Wertlegung auf Diplomatie anstatt Konfron-

tation, sondern auch die propagandistischen Fragen, die erwartungsgemäss von den ‹Journalisten› der Fake News-Medien in der Pressekonferenz gestellt wurden.

Auffällig bei der Pressekonferenz war nicht nur das beidseitige Bemühen für einen rationalen und friedlichen Dialog, sondern auch die respektvolle und freundliche Haltung beider Präsidenten zueinander – insbesondere angesichts der seltsamen Fragen von Reuters und Co.

Diametral entgegengesetzt zu den Propagandaverbreitern der Mainstream-Medien zeichneten sich die Fragen der russischen Journalisten (unter anderem auch von RT) durch propagandafreie, fakten-basierte und nichthetzerische Fragen aus. Trump schien darüber sichtlich erfreut zu sein. Denn schliesslich ist das ein grosser Unterschied zu den «Journalisten», mit denen er es täglich in Amerika zu tun hat.

Trump kündigte während der Pressekonferenz zudem auch «viele weitere Treffen dieser Art in der Zukunft» zwischen den beiden Präsidenten an, was den US-Eliten ebenfalls mächtig gegen den Strich laufen wird!

Beide Präsidenten fanden zu Recht immer wieder lobende Worte füreinander. Zwischendurch wurde auch deutlich, dass der US-Präsident erfreut über Putins klare und amüsante Aussagen gegenüber dem Propagandaschwachsinn der Fake News-Journalisten war.

Als am Ende einer der Journalisten sogar so weit ging und Putin fragte, ob er delastendes Material über Trump und seine Familie gesammelt hat, um sie zu erpressen, konnten beide Präsidenten verständlicherweise ihren Ohren kaum glauben und wiesen diesen dreisten, gewissenlosen Hetzer in die Schranken.

Inhalt der Gespräche waren nicht nur die ‹russische Einmischung in die US-Wahlen›-Propaganda, sondern auch die Ukraine, Syrien, Nordkorea, die Zusammenarbeit der beiden Länder in wirtschaftlichen und Sicherheitsfragen sowie die nukleare Abrüstung.

Fazit; Ein äusserst positives Gipfeltreffen zwischen den beiden Präsidenten, das der US-Elite noch mehr Bange machen wird.



Philipos Moustaki

Redakteur Philipos Moustaki trat dem SOTT Team Ende 2011 bei. Während er in Deutschland lebt, ist ein Teil seiner Wurzeln griechisch. Sein Schwerpunkt besteht darin, das unglaubliche Wissen von SOTT.net der deutschsprachigen Welt näher zu bringen durch Veröffentlichungen, Bearbeitungen und Übersetzungen für de.SOTT.net. Wenn er nicht gerade für SOTT.net die Welt dort draussen und sich selbst erforscht, arbeitet er als Werkzeugmechaniker bei einem international führenden Anbieter für End-to-End-Lösungen für die Datenübertragung, der die anspruchsvollsten Standards für Daten, Ton-und Video-Anwendungen erfüllt.

Quelle: https://de.sott.net/article/32714-Panik-im-Mainstream-Putin-Trump-Gipfel-endet-positiv-Ball-ist-jetzt-auf-deiner-Seite

Trump: «Jahrelange Dummheit der USA ist schuld an schlechten Beziehungen zu Russland»

Sott.net; Mo, 16 Jul 2018 15:54 UTC

Der US-Präsident Donald Trump hat vor seinem heutigen Treffen mit dem US-Präsident auf seinem Twitter-Account richtigerweise darauf hingewiesen, dass die USA die Schuld trägt für die schlechten Beziehungen zu Russland.



«Unsere Beziehung zu Russland war niemals schlimmer, dank jahrelanger US-Dummheit, und jetzt noch die abgekartete Hexenjagd!»

Es ist bei weitem nicht das erste Mal, dass Trump Dinge ausspricht, die dem US-Establishment nicht in den Kram passen. Auf seiner heutigen Pressekonferenz zusammen mit dem russischen Präsidenten bekräftigte Trump abermals diese Aussage, nachdem ein (Journalist) einer der Mainstream-Fake-Nachrichten auf diesen Tweet aufmerksam gemacht hat.

Des weiteren bekräftigte er während der Pressekonferenz mit Putin auch die Aussage über diese Hexenjagd, die er bereits davor im Tweet erwähnt hatte.

Quelle: https://de.sott.net/article/32713-Trump-Jahrelange-Dummheit-der-USA-ist-schuld-an-schlechten-Beziehungen-zu-Russland

Zwei Frauen setzen sich erfolgreich gegen Pläne der Regierung durch

Publiziert am 15 Juli, 2018 unter Erfolgsgeschichten; gute Nachrichten

Makoma Lekalakala und Liz McDaid, zwei Frauen aus Südafrika, haben es geschafft, einen riesigen, geheimen Nukleardeal in der Grössenordnung von 76 Milliarden US-Dollar zwischen ihrem Land und Russland zu verhindern. Dafür erhielten sie dieses Jahr den Goldman Umweltschutzpreis. Dieser Preis wird seit 1990 jährlich an Umweltschützer verliehen.



Photo by Ken Treloar on Unsplash

Der Vertrag zwischen Südafrika und Russland sah vor, dass in Südafrika zwischen acht und zehn Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 9,6 Gigawatt gebaut werden sollten.

Lekalakala, 53 Jahre alt, aus Soweto, einem Zusammenschluss von verschiedenen Townships südwestlich von Johannesburg, ist die Direktorin von 〈Earthlife Africa〉, einer grösstenteils von Freiwilligen betriebenen Organisation, die Südafrika für den Umweltgedanken sensibilisiert. McDaid, 55, aus Kapstadt, ist die Koordinatorin in einem Institut, mit dem Namen 〈Southern Africa Faith Communities' Environment Institute〉 (SAFCEI), das die Menschen für den Klimawandel sensibilisiert.

Im Jahr 2014 gelangen Kopien von geheimen Nuklear-Verträgen zwischen Südafrika und Russland in die Hände von (Earthlife Africa), die an SAFCEI weitergeleitet wurden. Die beiden Organisationen entwickelten eine Strategie, um diese Pläne unter dem Deckel zu halten, bevor daraus ein legales Gesetzesverfahren entstehen konnte. Die beiden Organisationen konzentrierten sich auf die damit verbundene Korruption und die massiven Kosten in Verbindung mit diesem Vertrag, so dass sie ein grösseres Interesse der Bevölkerung erreichen konnten. Beiden Frauen gelang es, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen und Liz McDaid hielt sogar Nachtwachen mit anti-nuklearen Parolen vor dem Parlamentsgebäude in Kapstadt.

Ihr Kampf und die Mobilisierung der Bevölkerung hat schliesslich den Obersten Gerichtshof veranlasst, den Deal am 26. April 2017 zu verbieten. Die Begründung lautete, dass man das Land vor der Verbreitung der Nuklearindustrie und somit der Produktion von nuklearem Abfall schützen muss.

Zwei Frauen und deren Organisationen ist es also durch Beharrlichkeit und Klugheit gelungen, die Regierungen von Südafrika und Russland in ihre Schranken zu weisen.

Quelle: face2faceafrica.com

Quelle: https://www.gute-nachrichten.com.de/2018/07/erfolgsgeschichten/zwei-frauen-setzen-sich-erfolgreich-gegen-plaene-der-regierung-durch/

Dialog notwendig: Kroatiens Präsidentin spricht sich gegen Isolation Russlands aus

07:28 16.07.2018(aktualisiert 08:49 16.07.2018)



© Sputnik / Sergej Guneew © Sputnik / Alexej Nikolski

Die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović hat sich in einem Interview für AP für die Notwendigkeit eines Dialogs mit Russland statt dessen Isolation ausgesprochen.

Kroatiens Staatschefin zeigte sich besorgt über das Vorgehen Russlands im Südosten Europas, betonte aber, dass es sehr wichtig sei, einen Dialog mit Russland im Sicherheitsbereich zu haben.

«Wir müssen zusammenarbeiten», sagte sie.

Darüber hinaus äusserte Grabar-Kitarović ihre Hoffnung, dass sich der russische Präsident Wladimir Putin und sein amerikanischer Amtskollege Donald Trump bei ihrem baldigen Treffen in Helsinki daran erinnern würden, dass sie Garanten für die internationale Sicherheit seien.

Kurz vor dem WM-Finale hatte sich die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović mit ihrem russischen Amtskollegen Wladimir Putin im Kreml getroffen. Russlands Staatschef schenkte ihr einen Blumenstrauss und bekam von ihr ein T-Shirt der kroatischen Nationalmannschaft mit der Aufschrift (Putin).

Putin-Trump-Treffen

Der Putin-Trump-Gipfel soll am 16. Juli in Helsinki stattfinden. Laut dem Kreml beabsichtigen die beiden Staatschefs, die Perspektiven der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen sowie aktuelle Fragen der internationalen Politik zu erörtern.

Quelle: https://de.sputniknews.com/politik/20180716321570252-kroatien-russland-dialog-isolation/

Syrien: Jüngster Waffenfund in Daraa ist Hinweis für eine (grobe Einmischung) des Westens

Veröffentlichungsdatum: 15 07 2018, 11:00



Auch in Daraa wurden immer mehr Waffenverstecke entdeckt, wo vor allem Waffen aus dem Westen gefunden wurden. Kaum wurde die Stadt befreit, berichten arabische Quellen, dass die syrisch-arabische Armee wieder Waffen aus dem Westen gefunden hat. In immer mehr Gebieten und Distrikten der Provinz Daraa wird die syrische Flagge gehisst, nachdem sie von Rebellen und Terrorgruppen befreit wurden. Der jüngste Waffenfund ist mal wieder ein Beweis dafür, dass der Westen den Bürgerkrieg in Syrien vor allem mit Waffenlieferungen befeuerte.

Nach der Befreiung von Daraa fand die syrische Armee Waffenlager, die Obama und einige seiner NATO-Freunde dem IS gegeben hatten. Werden die Mainstream-Medien darüber berichten, wie diese im Westen hergestellten Waffen in die Stadt gelangten, in der die ‹organische syrische Revolution› geboren wurde? – twittert Sarah Abdallah unter Bezugnahme auf einen Artikel von RT.

After liberating Daraa, Syria's Army found stockpiles of weapons given to ISIS by Obama and several of his NATO buddies. Will the mainstream media report about how these Western-made arms ended up in the city where the "organic Syrian revolution" was born? https://t.co/hQYdmc60rs

- Sarah Abdallah (@sahouraxo) July 14, 2018

RT zufolge fand man massenhaft westliche Waffen bei Rebellen in Daraa. Im vergangenen Jahr, während die Befreiung von Deir ez-Zor im vollen Gange war, wurden sogar Waffen bei der in Russland verbotenen Terrororganisation Islamischer Staat (ISIS, IS, Daesh; Anm. Islamistischer Staat) gefunden. Russland sieht im jüngsten Waffenfund einen Beleg für eine (grobe Einmischung) des Westens in die inneren Angelegenheiten Syriens. Aussenamtssprecherin Maria Sacharowa sagte in ihrem wöchentlichen Briefing:



«Eine Enorme Anzahl moderner Waffen und Ausrüstung aus westlicher Herkunft wurde der syrischen Armee von Militanten übergeben. Donnerstag ... Verschiedene Anti-Panzer-Raketen-Systeme, gepanzerte Fahrzeuge und Kleinwaffen stellen substanzielle Hinweise für eine grobe Einmischung in Syrien dar.»

French APILAS Anti-Tank Weapons in Daraa, #Syria pic.twitter.com/YGfzBvWJyd

– Dilyana Gaytandzhieva (@dgaytandzhieva) July 8, 2018

Unter anderem wurde berichtet, dass Panzerfäuste aus Frankreich in Daraa gefunden wurden. Vergangene Woche befand sich die syrische Armee noch in heftigen Kämpfen.

Quelle: https://de.news-front.info/2018/07/15/syrien-jungster-waffenfund-in-daraa-ist-hinweis-fur-eine-grobe-einmischung-des-westens/

NATO-Gipfel bestätigt Feindseligkeit mit Russland

Freitag, 13. Juli 2018, von Freeman um 12:05

Nach dem NATO-Gipfeltreffen vom 11. bis 12. Juli in Brüssel, hat die NATO eine Deklaration herausgegeben, die von allen Regierungschefs der NATO-Staaten unterzeichnet wurde. Darin kommt die ganze Feindseligkeit gegenüber Russland eklatant zum Ausdruck. Aber nicht nur das, denn die Deklaration ist vollgespickt mit einer falschen Behauptung und krassen Lüge nach der anderen. So steht darin, Russland würde Territorien der Ukraine, von Georgien und Moldawien besetzen und hätte die Krim gewaltsam annektiert. Ausserdem würde Russland die europäische Sicherheit und die internationale Ordnung gefährden, noch eine unverschämte Lüge. In der Deklaration wird alles auf den Kopf gestellt und verdreht, denn was die NATO Russland vorwirft macht sie selbst.



Ich habe mir die längere Deklaration durchgelesen und danach vor lauter Kopfschütteln fast eine Gehirnerschütterung bekommen. Alles was darin steht ist falsch und erlogen. Die NATO-Generäle, die dieses Papier geschrieben haben, müssen geistig (Anm. bewusstseinsmässig) völlig krank sein und an extremem Verfolgungswahn leiden.

In ihrem Papier kritisiert die NATO sogar Russlands legitimes Recht, defensive Militärmanöver auf dem EIGENEN Territorium durchzuführen. Diese Kritik ist an Unverschämtheit nicht zu überbieten. Gleichzeitig ist aber die NATO bis an die russische Grenze vorgestossen und deutsche Panzer stehen WIEDER nur 250

Kilometer vor Leningrad.

Es gibt nur eine Verteidigungs-Kriegsgemeinschaft, die den Weltfrieden bedroht und endlose Angriffskriege gegen souveräne Länder führt, nämlich die von den USA befehligte NordAtlantischeTerrorOrganisation!

Die NATO ist eine aggressive imperiale Allianz keine (defensive), wie sie fälschlich von sich behauptet. Es gibt

Die NATO ist eine aggressive imperiale Allianz, keine ‹defensive›, wie sie fälschlich von sich behauptet. Es gibt keine externen Bedrohungen gegen ihre Mitglieder. KEINE!!! Spätestens seit der Auflösung des Warschauer Pakts und dem kompletten Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa hat sich das Existenzrecht der NATO erübrigt.

Hier eine Liste der Lügen, die in der NATO-Deklaration stehen:

Aus Paragraph 1: «NATO is a defensive Alliance.»

Voll gelogen, denn die NATO führt seit 2001 bis heute einen Angriffskrieg gegen Afghanistan. Hat Afghanistan ein NATO-Mitglied angegriffen? NEIN!!!

Die NATO hat einen sechsmonatigen Krieg gegen Libyen geführt. Hat Libyen ein NATO-Mitglied angegriffen? NEIN!!!

Die NATO führt seit sechs Jahren einen Krieg gegen Syrien. Hat Syrien ein NATO-Mitglied angegriffen? Auch NEIN!!!

Von Verteidigung keine Rede sondern nur von Angriff!

Aus Paragraph 2: «Russia's aggressive actions, including the threat and use of force to attain political goals, challenge the Alliance and are undermining Euro-Atlantic security and the rules-based international order.»

Russland hat keinerlei (aggressive Aktionen) durchgeführt und auch keine (Drohung der Gewaltanwendung, um politische Ziele zu erreichen) ausgesprochen. Das machen nur die USA und NATO. Ausserdem sind die USA Weltmeister im Brechen der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung und nicht Russland. Siehe Bruch des Atomvertrages mit dem Iran und Drohung eines Regimewechsels.

Aus Paragraph 4: «While NATO stands by its international commitments, Russia has breached the values, principles and commitments which underpin the NATO-Russia relationship ...»

Durch die Nichteinhaltung des Versprechens, das Vakuum nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa nicht zu füllen, ist es nur die NATO, welche die Werte, Prinzipien und Verpflichtungen der NATO-Russland-Beziehungen gebrochen hat.

Aus Paragraph 5: «NATO does not seek confrontation and poses no threat to Russia.»

Eine glatte Lüge, denn warum hat die NATO Georgien 2008 dazu animiert, russische Friedenssoldaten in Südossetien anzugreifen und zu töten? Warum fahren NATO-Kriegsschiffe im Schwarzen Meer und in der Ostsee vor der Nase der Russen herum? Warum bedrängen Kampfjets der NATO russische Maschinen im internationalen Luftraum? Warum wurden Soldaten und Kriegsgerät an die (Ostfront) verlegt, wenn die NATO keine Konfrontation mit Russland sucht?

Aus Paragraph 6: «The Euro-Atlantic security environment has become less stable and predictable as a result of Russia's illegal and illegitimate annexation of Crimea and ongoing destabilisation of eastern Ukraine;»

Es gab keine (illegale) und (illegitime) Annexion der Krim, sondern die Bevölkerung der Krim hat bei einer Volksabstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit von über 90 Prozent einer Wiedervereinigung mit Russland zugestimmt.

«Russia is also challenging Euro-Atlantic security and stability through hybrid actions, including attempted interference in the election processes.»

Bis heute ist kein einziger Funken an Beweis vorgebracht worden, dass der Kreml Wahlen im Westen beeinflusst hätte. Umgekehrt schon, denn die NATO-Staaten finanzieren NGOs, die in Osteuropa und Russland mit massiver Propaganda die Meinung der Wähler in ihrem Sinn steuern.

«We condemn the attack using a military-grade nerve agent in Salisbury, United Kingdom.»

Auch hier gibt es keinerlei Beweise, dass Russland mit der Vergiftung in Salisbury etwas zu tun hat. Eine falsche Beschuldigung der Briten und höchstwahrscheinlich selbst gemacht.

Aus Paragraph 7: «We call on Russia to reverse its recognition of the Abkhazia and South Ossetia regions of Georgia as independent states.»

Diese Forderung der NATO ist völlig absurd, so absurd, wie wenn Russland fordern würde, die Anerkennung von Österreich als souveräner Staat zurückzunehmen, da es wegen Hitlers (Anschluss) noch ein Teil Deutschlands sei. Die NATO hält mit ihrer Weigerung der Anerkennung von Südossetien und Abchasien als eigen -

ständige Staaten eine verbrecherische Politik von Stalin aufrecht, der Abchasien zwangsweise mit Georgien vereinigte, so wie Hitler Österreich mit Grossdeutschland verschmolz.

Dann geht die Deklaration weiter mit einer Kampfansage gegen den 〈Terrorismus〉. Ha, ha, was für ein scheinheiliges Gequatsche, wo doch die NATO Terrorgruppen rekrutiert, finanziert, ausbildet und bewaffnet hat, um als Stellvertreter international Kriege zu führen. Die NATO-Länder haben die ISIS und gleichdenkende kopfabschneidende Dschihadisten erschaffen und in Syrien, Irak und Afghanistan im Einsatz, um diese Länder zu destabilisieren.

Als grosses Ziel wird die NATO-Bereitschafts-Initiative betont; die Fähigkeit, bis 2020 im Osten 30 Bataillone, 30 Schlachtschiffe und 30 Flugzeuggeschwader innerhalb von 30 Tagen (oder weniger) zu stationieren. Diese Initiative soll die ‹russische Aggression› verhindern. Tatsächlich soll sie die Europäer dazu zwingen, mehr Waffen in den USA zu kaufen. Ums Geschäft geht es auch bei Trumps Forderung, die Europäer sollen mindestens 2% des BIP in die Rüstung stecken, damit sie in den USA auf Einkaufstour gehen.

Dabei sind die «Verteidigungsausgaben» der NATO-Mitgliedsländer bereits das 12-FACHE von Russland!!! Hallo, es läuft eh schon viel zu viel Steuergeld ins Militär, was bei den sozialen Aufgaben und bei der Investition in die Infrastruktur fehlt. Und dann soll noch mehr Geld in die Rüstung fliessen???

Und die NATO leistet sich einen neuen Prunkbau in Brüssel, der 1 Milliarde Euro gekostet hat, für 1500 Personen Personal der nationalen Delegationen, 1700 internationalen militärischen und zivilen Mitarbeitern, 600 Mitarbeitern der NATO-Agenturen und 500 Besuchern pro Tag!!!

Die NATO ist ein Moloch, ein riesiger geldfressender Organismus, der nichts bringt ausser Konflikte und Kriege. Was die NATO vorgibt zu sein und was sie tatsächlich ist, könnte nicht unterschiedlicher ausfallen. Von Friedenserhaltung reden und dabei nur Provokationen und Kriege durchführen. Die Erfindung einer falschen russischen Bedrohung, einer falschen terroristischen Bedrohung und so weiter sind bequeme Vorwände für die Fortsetzung einer von den USA dominierten Allianz, die als Instrument ihrer aggressiven imperialen Agenda benutzt wird. Vor dem NATO-Gipfel hat die von Trump eingesetzte Botschafterin bei der NATO, die frühere Senatorin Kay Bailey Hutchison, die Wahrheit auf den Kopf gestellt und behauptet, Moskau versuche, die Türkei und andere Bündnismitglieder «umzudrehen». Der Kreml wolle die stabilste Verteidigungsallianz in der Geschichte der Welt destabilisieren – eine reine Kriegsmaschine – versäumte sie hinzufügen. Dabei muss Russland wegen der Türkei nichts unternehmen, denn die USA und NATO machen selbst alles, um die Türkei aus der NATO zu drängen. Solange die NATO existiert, werden endlose von den USA geführte Angriffskriege weitergehen, denn die NATO ist nur ein Werkzeug Washingtons, um anderen Ländern seinen Willen mit Drohungen, Nötigung und gewaltsam mit Krieg aufzuzwingen. Weltfrieden und Stabilität werden dadurch unerreichbar bleiben. Deshalb, es ist mehr als überfällig, die NATO muss weg!

Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/07/nato-gipfel-bestatigt-feindseligkeit.html#ixzz5LOUc5AiH

Umfrage zeigt: Deutsche wollen US-Truppen aus Deutschland weghaben Die Wähler sagen auch, dass Deutschland zu viel für sein Militär ausgibt

Jason Ditz

Eine neue Umfrage für die Nachrichtenagentur DPA zeigt, dass die deutschen Wähler gegen die aktuelle Höhe der Militärausgaben in ihrem Land und die Zahl der US-Soldaten, die in Deutschland stationiert sind, immer mehr Widerstand leisten.

Die Umfrage zeigt, dass die Wähler den Abzug der Vereinigten Staaten von Amerika begrüssen würden, selbst wenn Politiker sich Sorgen machen, wenn Präsident Trump droht, die US-Truppen aus Deutschland abzuziehen, wobei nur ein Drittel der Deutschen den Aufenthalt von US-Soldaten wünscht. 35 000 US-Soldaten sind derzeit in Deutschland.

Die Deutschen auf der linken und rechten Seite waren die grössten Befürworter des Rückzugs der Vereinigten Staaten von Amerika, wobei die Wähler von 〈Die Linke〉 die Idee mit überwältigender Mehrheit unterstützten. Die regierenden Christdemokraten sind am wenigsten für den Ausstieg.

Die Deutschen haben die Nase nicht nur voll von ausländischen Soldaten. Die Umfrage zeigte starken Widerstand gegen den Aufruf von Bundeskanzlerin Angela Merkel, 2% des deutschen BIP für das Militär auszugeben. Nur 15% der Deutschen unterstützen diese Idee.

Tatsächlich hat eine überwältigende Mehrheit nicht nur gesagt, dass 2% zu viel für Deutschland sind, sondern etwa 36% der Deutschen sagen, dass die derzeitigen Militärausgaben des Landes, etwa 1,2% oder 44,3 Milliarden Dollar, bereits zu viel sind.

1,2% liegen am unteren Ende der Prozentsätze für die NATO-Mitglieder, aber die massive deutsche Wirtschaft macht sie sogar damit zu einem der Top-10-Ausgaben-Militärs der Welt. Da Deutschland mit jedem Land, an das es grenzt, freundschaftliche Beziehungen pflegt, spricht vieles dafür, dass diese Ausgaben irrelevant sind. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich Deutschland stark dafür eingesetzt, eine Kultur zu entwickeln, die grosse Militärausgaben und Kampagnen im Ausland ablehnt. Das war ein sehr guter Schritt, der es zur führenden Wirtschaftsmacht Europas gemacht hat.

Wie die Vereinigten Staaten von Amerika jetzt herausfinden, ist diese antimilitaristische Kultur so tief verwurzelt, dass die Forderungen der USA, die Ausgaben drastisch zu erhöhen, für die regierende Koalition nur schwer zu verkaufen und für die breite Öffentlichkeit völlig inakzeptabel sind. Die Deutschen wollen kein riesiges Militär, und die Drohung, die US-Streitkräfte abzuziehen, ist überhaupt keine Bedrohung, da viele von vornherein haben wollen, dass sie das Land verlassen.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2018_07_12_umfrage.htm

Ganz einfach: Russlands Aggression gegen NATO-Staaten existiert nicht!

Sott.net; Fr, 13 Jul 2018 08:41 UTC

Die Pressesprecherin des russischen Aussenministeriums Maria Sacharowa hat nach dem neuesten NATO-Gipfel das ausgesprochen, was allen normal denkenden Menschen schon lange klar sein sollte. Die russische ‹Aggression›, auf deren Basis NATO-Länder aufgerüstet und gegen Russland aufgehetzt werden, existiert einfach nicht.



Maria Sacharowa

Russland zeigt kein aggressives Verhalten gegenüber der Nato, wie die Pressesprecherin des russischen Aussenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag erklärte.

«Das ist nicht wahr, wenn die Nato-Führung sagt, sie würde den Mitgliedern der Allianz Schutz vor Russlands Aggression bieten. Und zwar aus einem Grund: Es gibt keine Aggression Russlands gegen die Nato-Staaten. Es gibt einfach keine», sagte die Pressesprecherin.

Die Sprecherin betonte nachvollziehbarerweise auch, dass Russland besorgt darüber ist, was derzeit mit der NATO geschieht.

Es gehe um eine Destabilisierung der Situation nicht nur in den von der Allianz kontrollierten Gebieten, sondern auch ausserhalb ihrer Grenzen, betonte sie weiter.

~ Sputnik

Neben Russland sollte vor allem auch Deutschland über die Mitgliedschaft in dieser Terror-Koalition besorgt sein. Russland versucht seit Jahren, westliche Länder über die grausame Realität, die die NATO unterstützt und fördert, in Kenntnis zu setzen und hat damit vollkommen Recht, dass die NATO ein nutzloser Militärblock ist, der nur Krieg und Auseinandersetzungen fördert.



Das Zitat stammt tatsächlich von Hastings.

Quelle: https://de.sott.net/article/32704-Ganz-einfach-Russlands-Aggression-gegen-NATO-Staaten-existiert-nicht

Massenmigration und Vermischung der Völker: Gibt es einen grossen Plan dahinter?

15. Juli 2018



FotYouTube-Screenshot

62 Prozent sind für ein Einreiseverbot von Migranten ohne Papiere. 71 Prozent für die Einrichtung von Transitzonen. Doch täglich wird geltendes Recht gebrochen. Wir gegenwärtigen nicht nur einen Asyltourismus, sondern auch eine regelrechte Asylindustrie. Steckt hinter dem Ganzen ein großer Plan? Wenn ja, welcher und in welchen Köpfen? Dass es gewaltige Umsiedlungsvorhaben und Völkervermischungspläne gibt und diese sukzessive umgesetzt werden, scheint evident. Doch wozu das Ganze? Wer will das und aus welchen Gründen? Petra Paulsen tendiert zu einer monokausalen Erklärung, die nach dem einen Sündenbock sucht, der alles im Hintergrund lenkt, was man nicht teilen muss, aber zur Kenntnis nehmen sollte, vor allem die Fakten, die sie zusammengetragen hat.

Immer mehr Menschen wachen auf

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, nehmen Sie sich bitte etwas Zeit zum Lesen. Laut einer aktuellen Umfrage sind 71 Prozent der Bürger der Meinung, der Anstand in der Politik sei generell verloren gegangen. 62 Prozent der Befragten sprechen sich für ein Einreiseverbot für Migranten ohne Papiere aus, während bereits im Oktober 2015 rund 71 Prozent für die Einrichtung von Transitzonen stimmten. Auch im Sommer 2018 gehört die Zuwanderung zu den wichtigsten politischen Themen aus Sicht der Bürger.

Seit drei Jahren heisst es aber weiterhin (Hereinspaziert!), **geltendes Recht wird** somit **täglich gebrochen** und viele Menschen haben das Gefühl, dass sie von den Politikern – ich will es mal gemässigt ausdrücken – veräppelt werden. Es wird nicht im Sinne des Volkes, des Souveräns, regiert, sondern über dessen Willen hinweg. Das merken immer mehr Menschen, weswegen die Stimmung bei vielen steuerzahlenden Bürgern, insbesondere bei denjenigen mit kleinen Einkommen, die teilweise aufstocken müssen, bzw. bei denjenigen mit geringen Renten, schlecht ist.

In den Berufsgruppen z.B. der Polizisten und Lehrer steigt die Frustration zunehmend. Auch der Ärger bei Menschen mit einem Migrationshintergrund, die gut integriert in die deutsche Gesellschaft sind, nimmt aufgrund einer – man kann es ja nur so sagen – verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen und Einreisen ohne Papiere der Unmut zu. Diese Menschen werden zunehmend schief angesehen und mit kriminellen Migranten in einen Topf geworfen. Die Massenmedien in Form der Mainstream-(Hackfleisch-)Presse – alles schön in kleinen Häppchen verabreicht – und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tragen massgeblich durch ihren Nanny- und Betreutes-Denken-Journalismus zu dieser Stimmungslage, aber auch zur gesellschaftlichen Spaltung bei.

Auch wenn unserem Bundespräsidenten, Frank-Walter Steinmeier (SPD) – dieser schrieb 2016 das Buch (Europa ist die Lösung: Churchills Vermächtnis) unter Bezug auf dessen Europa-Rede 1946 – das Wort (Asyltourismus) nicht passt, müssen Dinge endlich klar benannt werden: Es gibt sowohl den Asyltourismus als auch die vorzüglich funktionierende Asylindustrie zugunsten vieler Unternehmen, NGOs sowie insbesondere kirchlicher Wohlfahrtsverbände wie Diakonie und Caritas. Und nebenbei haben wir in Deutschland auch einen millionenschweren Asylbetrug, während zeitgleich die Sozialausgaben durch Migration enorm hoch sind und ein immer höheres Renteneintrittsalter seitens der Politik gefordert wird. Den BAMF-Skandal möchte ich hier nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

Wie schlecht die Stimmung in diesem Land schon ist, lässt sich an den Umfragewerten der AfD erkennen, die laut einer aktuellen INSA-Umfrage mit 17,5 Prozent erstmals vor der SPD liegt, während die grosse Koalition nur noch auf 46 Prozent kommt. Dies wird man an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an der Asyldebatte liegen, mit der den Menschen durch ganz viele Scheingefechte Sand in die Augen gestreut wird. Mittlerweile

wachen aber immer mehr Menschen auf, indem sie merken, dass man ihnen seit Jahren keinen reinen Wein eingeschenkt hat hinsichtlich Migration und dem EU-Projekt, dem Deutschland in erster Linie mithilfe des deutschen Steuerzahlers als Melkkuh der EU zur Verfügung steht. Werfen wir also mal ohne die berühmtberüchtigte rosarote Brille einen chronologischen Blick in die Vergangenheit.

Chronologie der Ereignisse

1925: Der Vordenker des EU-Gedankens und Begründer der Paneuropa-Union, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, schreibt in seinem Buch (Praktischer Idealismus), in dem er sich u.a. auch mit dem Heiden-, Juden-und Christentum befasst, folgendes:

«Heute ist **Demokratie Fassade der Plutokratie:** Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie monarchischen Demokratien sind die **Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher:** Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. (...) Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: Denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist.»

Seiner Ansicht nach sei der *Mensch der fernen Zukunft ein Mischling* und *die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.* Das gesamte Werk ist im Internet zu lesen. In diesem Zusammenhang gibt es auch ein interessantes Interview mit Barbara Lerner-Spectre, einer gebürtigen US-Amerikanerin, die mittlerweile in Schweden lebt. (Anm.: Erkundigen Sie sich mal, was aus Schweden, dem einstigen Multikulti-PISA-Gewinner-Musterland geworden ist).

1946: Im September hält der britische Premierminister und einer der EU-Gründungsväter, Winston Churchill, in Zürich seine bekannte Europa-Rede an die akademische Jugend. Frankreich und Deutschland sollten zusammen die Führung Europas übernehmen, während Grossbritannien, das britische Commonwealth und Amerika die Freunde und Förderer des neuen Europas sein sollten.

1947: Im Mai hält Churchill in London eine von Coudenhove-Kalergi für diesen geschriebene Rede, die Einblick auf die Ziele einer angloamerikanischen Politikelite gibt:

«Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstellt. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.»

1952: Jean Monnet, ein weiterer Vater der EU, soll am 30. April einem Freund Folgendes geschrieben haben: «Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand. Letztendlich führt es aber zu einer unauflösbaren Föderation.»

Monnet wird ebenfalls mit den Worten «Nur aus Unordnung entsteht etwas Vernünftiges» zitiert.

1997: Das Buch (Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft) von **Zbigniew Brzeziński**, Politikwissenschaftler und Politikberater etlicher amerikanischer Präsidenten, zuletzt von Barack Obama, erscheint. Auf dem Klappentext der im (ach so bösen Kopp-Verlag) 2015 erschienenen Ausgabe wird Helmut Schmidt mit den Worten (Ein Buch, das man lesen und ernst nehmen sollte) zitiert (Hier sei an die NATO-Osterweiterung und die neuen US-Russlandsanktionen erinnert).

1999: Der heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker («Wenn es ernst wird, muss man lügen» spricht über die Trickkiste der EU:

«Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Erschienen ist diese Äusserung in einem Spiegel-Artikel mit dem Titel (Die Brüsseler Republik – Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.)

2000: Im UNO-Bericht zur Bestandserhaltungsmigration für u.a. die USA und europäische Länder, werden für Deutschland verschiedene Szenarien für den Zeitraum ab 1995 (Anm.: Schengen-Abkommen tritt in Kraft) bis 2050 vorgestellt.

2001: Kurz nach 9/11 gibt es laut Ex-NATO-Oberbefehlshaber und Vier-Sterne-General a.D., Wesley Clark (im

März 2007 von ihm publik gemacht, eine geheime Memo des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld. Hiernach sollen sieben Staaten – namentlich *Irak*, *Syrien*, *Libanon*, *Libyen*, *Somalia*, *Sudan und Iran* – in fünf Jahren zerstört werden. In diesem Zusammenhang gibt es von Jürgen Todenhöfer (CDU), selbst viel in der arabischen Welt unterwegs, einen interessanten Facebook-Post vom 18. Mai 2014. Zur Erinnerung: Nun fehlt nur noch der Iran, wo es gerade bezüglich des Atomabkommens und Handelssanktionen langsam brenzlig wird.

2004 bzw. 2005: Thomas P.M. Barnett, ehemaliger Harvard-Student und -Doktorand, US-Militärstratege und damaliger Mitarbeiter im Amt zur Transformation der Streitkräfte nach 9/11 von US-Verteidigungsminister Donald Rumpsfeld, veröffentlicht die beiden Bestseller (Der Weg in die Weltdiktatur) und (Drehbuch für den 3. Weltkrieg). Diese sind seit 2016 auf Deutsch erhältlich. In seinem (Drehbuch) schreibt er:

«(...) Und ebenso wenig möchte ich die enormen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen herunterspielen, denen Europa sich bei der Integration von Flüchtlingen und Einwanderern aus Asien und Afrika gegenübersieht. Ich sage Ihnen bloss, dass es das wert ist – und zwar alles.»

Aus Barnetts Sicht muss es noch viele Kriege, Unruhen und Krisen weltweit geben, um am Ende am Ziel anzukommen, nämlich einer Zukunft, die es wert ist, geschaffen zu werden, in Form der Vormachtstellung der USA und der Ausschaltung von Völkern, die ihre Kultur und Identität bewahren und ihren Nationalstaat erhalten wollen.

2008: Am 1. Mai erscheint ein Artikel in der ‹Washington Post› über den damaligen CIA-Chef Michael V. Hayden, der in einer Rede an der Kansas State University von bevorstehenden Problemen und Unruhen aufgrund der starken Einwanderung überwiegend muslimischer Migranten nach Europa berichtet.

2008: Im Juli spricht der damalige französische Präsident Nikolas Sarkozy noch davon, die Einwanderung in die EU begrenzen zu wollen, während Durch-Abschottung-würde-Europa-in-Inzucht-degenerieren-Schäuble, damals noch Bundesinnenminister, etwas anderes will: «Wir machen aus Europa keinen Bunker, sondern wir steuern Wanderbewegungen in der Welt.» Die von Sarkozy geforderten schnelleren Abschiebungen werden von Herrn Schäuble nicht mitgetragen wie auch zwei Frontex-Einheiten abgelehnt werden. Nur ein halbes Jahr später hält Sarkozy an der Elite-Universität in Palaiseau eine Rede, bei der er sich um 180° gedreht hat. Nun sah er «die Herausforderung der Vermischung verschiedener Nationen als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.»

2010: Am 20. Mai lässt Horst Seehofer (CSU) in einem Gespräch mit Frank-Markus Barwasser alias Erwin Pelzig die Maske fallen. Wörtlich sagt er darin: «Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.»

2010: Am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, spricht der damalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) davon, dass der Islam zu Deutschland gehöre. (Anm.: Selbst 2018 ist nur jeder Fünfte dieser Meinung). 2010: Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vom 15. bis 17. Oktober in Potsdam erklären sowohl Merkel und Seehofer Multikulti für gescheitert bzw. für tot.

2010: Angela Merkel wird mit dem Europa-Preis der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi ausgezeichnet. Preisträger sind auch Helmut Kohl und Jean-Claude Juncker.

2012: Am 21. Juni schreibt 〈BBC News〉: The EU should 〈do its best to undermine〉 the 〈homogeneity〉 of its member states. Dies war die Aufforderung an die EU durch den UN-Sonderbeauftragten für Migration, Peter Sutherland, vor Mitgliedern des britischen Oberhauses. Er appellierte an die EU-Staaten, sich nicht auf 〈hochqualifizierte〉 Einwanderer zu konzentrieren, da grundsätzlich alle Individuen die Freiheit haben sollten, sich auszusuchen, ob sie sich in einem anderen Land niederlassen und dort studieren oder arbeiten wollen. — Sutherland war ausserdem Chef der WTO (Welthandelsorganisation), Chairman von Goldmann Sachs, Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz, einem internationalen Netzwerk auf höchster Ebene, sowie Migrationsberater von Papst Franziskus.

2012: Am 7. November schreibt das 〈Hamburger Abendblatt〉, **Merkel werbe für die 〈Vereinigten Staaten von** Europa〉 mit der EU-Kommission als 〈so etwas wie eine europäische Regierung〉. Siehe hierzu auch den Merkel-Versprecher.

2014: Das BAMF lässt ein Asylanwerbevideo in zehn Sprachen produzieren und stellt dieses auf seiner Internetseite ein, worüber Stefan Aust am 30. August 2015 in 〈Die Welt〉 berichtet.

2015: Am 7. Januar, also noch bevor die ‹Flüchtlingskrise› so richtig an Fahrt aufnimmt, schreibt Barbara Coudenhove-Kalergi, die Nichte des EU-Vordenkers, im österreichischen ‹Standard› einen Artikel mit dem Titel ‹Völkerwanderung – Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht›. Hier sei auf die finanziellen Kürzungen beim Welternährungsprogramm für Flüchtlinge hingewiesen.

2015: In der Nacht vom 4. auf den 5. September trifft Angela Merkel aufgrund der Grenzöffnung eine historische und folgenschwere Entscheidung.

2015: Am 1. Oktober spricht der Vizepräsident der EU-Kommission, **Frans Timmermans**, während des EU Fundamental Rights Colloquiums davon, weltweit die multikulturelle Vielfalt in allen Staaten zu beschleunigen.

2015: Im Dezember erklärt **Dimitris Avramopoulos,** EU-Kommissar für Migration, vor dem EU Ausschuss der Regionen (AdR), dass wegen der Vergreisung Europas «in den nächsten zwei Jahrzehnten (...) **mehr als 70 Millionen Migranten** nötig sein würden.»

2016: Am 23. Juni findet das EU-Mitgliedschaftsreferendum in Grossbritannien statt. Das Ergebnis: Der **Brexit** (Anm.: Die Briten nahmen u.a. aufgrund ihrer beibehaltenen Währung ohnehin eine EU-Sonderstellung ein; zur Erinnerung: Die Worte Churchills).

2016: Am 19. September verabschiedet die UN-Vollversammlung die **New Yorker-Erklärung** 2016 als ein Paket zum verbesserten Schutz von Flüchtlingen und Migranten.

2017: Im Mai wird Xavier Naidoo für seinen Song (Marionetten) von den Medien hart angegangen und ihm werden seitens der Medien Antisemitismus, Verschwörungstheorien bzw. die Nähe zur Reichsbürgerbewegung nachgesagt.

2017: Am 7. Dezember fordert Martin Schulz (SPD) auf dem SPD-Bundesparteitag bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa nebst eigener EU-Verfassung. Merkel, die neoliberale Ökosozialistin, reagiert auf Schulz Äusserung zurückhaltend und bezieht keine klare Stellung. Dieses Thema ist immer noch brandaktuell (Anm.: Nicht einmal jeder Dritte Deutsche ist für die VSE, die eigentlich als EUdSSR bezeichnet werden müssten).

2018: Am 20. Februar spricht Yascha Mounk, Harvard-Dozent und deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler, in einem Interview mit Carmen Miosga in den Tagesthemen davon: «(...) Dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen. (...).» Ähnliches hatte Herr Mounk bereits im September 2015 in einem Spiegel-Interview geäussert; am 8. Juli war er gerade zu Gast im Presseclub.

2018: Am 26. Juni veröffentlicht die italienische Tageszeitung (Il Giornale) ein Interview mit dem 1961 in Kirgisien geborenen katholischen Weihbischof Athanasius Schneider. Darin spricht dieser von einem langjährigen Plan, die europäischen Völker durch Massenmigration auszutauschen, von dem (gelenkten) Versuch, das Christentum in Frage zu stellen und von der EU als einer neuen europäischen Sowjetunion. Ebenso wies er auf den Missbrauch des wahren Gedankens von Humanität und des christlichen Gebotes der Nächstenliebe hin, um die Einwanderung nach Europa zu steuern.

2018: Am 12. Juli wird auf (net) Ettore Gotti Tedeschi zitiert, der der ehemalige Chef der Vatikanbank IOR ist. Dieser sieht hinter dem (demographischen Kollaps) des Westens einen Plan einer (globalistischen Elite). Diese wolle bewusst Krisen verursachen, um dann eine (Neue Weltordnung) einführen zu können, sagte der italienische Banker bei einer Konferenz im Vatikan. Die Vertreter dieser Agenda hätten ihren Einfluss mittlerweile bis in die höchsten Ebenen des Vatikan ausgedehnt, behauptete Gotti Tedeschi und verwies auf die wiederkehrenden Themen Armut, Migration und Umweltzerstörung, auf die Papst Franziskus immer wieder zu sprechen komme.

Als **Ziel einer neuen universalen Religion** sieht Tedeschi den (**gnostischen Umweltschutz**). Eine neue Weltordnung? Diese gehörte zumindest bislang immer ins Reich der Verschwörungstheorien.

Donald Trump ist aus dem globalen Migrationspakt bereits ausgestiegen und Angela Merkel?

Machtmittel zur Umsetzung von (geo)politischen Zielen bzw. zum Umbau in Diktaturen sind Invasion, Besatzung, Eroberung, Mord, Nötigung, Lüge, Täuschung, Zensur, Überwachung, Nudging, Wording, Propaganda und bestimmt noch einiges mehr. Wie aber sagte einst Abraham Lincoln, 16. US-Präsident:

«Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.»

Denn:

«In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn es doch passiert, dann war es so geplant.» (Franklin D. Roosevelt, 32. US-Präsident).

Politische Praktiken wie (Divide et impera) (Teile und herrsche!) sowie (Panem et circenses) (Brot und [Zirkus-] Spiele) sind altbekannte Führungsstrategien der Herrschenden, die sich auch heute noch bewähren.

In letzter Zeit haben wir immer häufiger den Begriff (Postdemokratie) gehört, worüber schon die (FAZ) am 30.1.2012 berichtete. Wurden wir dazu befragt? Hat uns jemand über dieses ideologische Experiment einer politischen Elite inklusive der gesellschaftlichen Verwerfungen wie sexuelle Belästigung, Messerstechereien, Nogo-Areas, Mord und Totschlag informiert? Ich kann mich daran nicht erinnern, aber, um es mit Coudenhove-Kalergi zu sagen: Die Demokratie war ohnehin immer eine Fassade der Plutokratie, die Politiker nur Marionetten und die Drahtzieher die Kapitalisten. Dass mittlerweile jeder Opfer dieses völkerrechtswidrigen Feldversuches der Globalisten, welches das Völkerrecht auf Selbstbestimmung aushebelt, werden kann, gleich

welcher sozialen, religiösen, politischen, ethnischen und kulturellen Herkunft, muss ich nicht weiter erklären. Im Dezember 2018 sollen der Global Compact on Refugees und der Global Compact for Migration verhandelt und angenommen werden. Am 12. Juli 2018 schrieb Eva Herman, die einst sehr beliebte, vom NDR geschasste und durch die Medien öffentlich hingerichtete Ex-Tagesschau-Sprecherin, auf ihrer Internetseite dazu Erhellendes inklusive Verlinkung zu den Quellen.

Übrigens: **Donald Trump** ist aus diesem Flüchtlingspakt bereits ausgestiegen, da dieser mit der Einwanderungsund Flüchtlingspolitik der USA unvereinbar sei, während Deutschland, einer der grössten Geldgeber dieses Projektes, schon 2017 dafür 477 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt hat. **Frau Merkel denkt halt alles vom Ende her**...

Ihnen allen wünsche ich einen schönen erholsamen und sonnigen Sommer! Machen Sie sich eine tolle Zeit zusammen mit Familie, Freunden und Bekannten, wo auch immer Sie sind! Und bleiben Sie, gleich welcher politischen Gesinnung, friedlich!

Mit lieben Grüssen und besten Wünschen für die Zukunft

Petra Paulsen

Quelle: https://www.journalistenwatch.com/2018/07/15/massenmigration-vermischung-voelker/

Keiner wollte antworten: Wie ist der Erfolg bei Integrationskursen in Hamburg?

Epoch Times; Aktualisiert: 15. Juli 2018 16:51

Die AfD in Hamburg wollte wissen, wie die Erfolge von Integrationskursen in der Hansestadt sind. Doch weder das BAMF noch der rot-grüne Senat wollte antworten.



Eine weitgehend ungeklärte Frage: Wie gut ist der Erfolg von Integrationskursen in Deutschland? Foto: iStock

Aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Prof. Dr. Jörn Kruse geht hervor (Drucksache 21/13273), dass weder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch der rot-grüne Senat eine Erfolgskontrolle bei Integrationskursen in Hamburg veröffentlichen wollen.

Man verweigerte der AfD-Fraktion eine Auskunft, da aufgrund der derzeit sehr hohen Arbeitsbelastung im Bundesamt und der sehr kurzen Frist eine Beantwortung nicht möglich sei. Aus diesem Grunde stellt die AfD-Fraktion eine Grosse Anfrage an den Senat (Drucksache 21/13778).

Dazu sagt der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Prof. Dr. Jörn Kruse: «Für Hamburg muss endlich eine Erfolgskontrolle der Integrationskurse hergestellt werden, ansonsten werden viele Millionen Euro verschwendet und das sollten wir uns nicht leisten. Der Bundesinnenminister Seehofer sollte, wie in seinem Masterplan angekündigt, jetzt seinen Worten Taten folgen lassen und die Qualität der Integrationskurse erhöhen und unmotivierte Teilnehmer sanktionieren.»

Bundesweite Zahlen: Kosten explodieren, Abbruchquote steigt, Qualität sinkt

Die vorliegenden bundesweiten Zahlen aus dem «Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2017» belegen, dass die Kosten explodieren, die Abbruchquote steigt und die Qualität sinkt.

2016 und 2017 gab es 631 489 Integrationskursteilnehmer, darunter waren 260 432 Syrer. Davon brachen 161 898 den Integrationskurs vorzeitig ab bzw. traten aus, also beendeten 62 Prozent aller Syrer ihren Kurs nicht.

Die Alphabetisierungskurse machten bundesweit bis 2015 zehn Prozent aller Kurse aus, 2016 und 2017 waren es bereits 22 Prozent. Bis Ende 2015 lag die Bestehungsquote von B1 Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ) bei 65 Prozent. Danach fällt sie, 2016 lag sie bei 61 und 2017 bereits bei 45 Prozent.

Bundesweit kostete die Durchführung von Integrationskursen im Jahr 2017 nach der Integrationskursverordnung über 610 Millionen Euro.

2017 wurden in Hamburg 692 Integrationskurse durchgeführt, davon waren 246 ein Alphabetisierungskurs, das entspricht einem Anteil von 35 Prozent. 2017 gab es in Hamburg 11 311 Integrationskursteilnehmer, wovon 2350 Kurswiederholer waren. An Austritten aus Integrationskursen gab es 2017 insgesamt 10 176. (pm)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/keiner-wollte-antworten-wie-ist-der-erfolg-bei-integrationskursen-in-hamburg-a2494144.html

Gerald Hüther: «Unsere Schulen produzieren leidenschaftslose Pflichterfüller«

Published on Juli 3, 2018 in Welt; Von horizonworld.de



Wenn es nach Prof. Gerald Hüther geht, gehört das Schulsystem, wie wir es heute kennen und praktizieren, in den tiefsten Sondermüll – denn es bildet nicht Menschen, sondern Maschinen, die stumpfsinnig Matheformeln auswendig lernen.

Pflichterfüller sind out – kreative Querdenker mit Sozialkompetenz sind in

Doch brave Pflichterfüller und Auswendiglerner werden in unserer heutigen Zeit nicht mehr gebraucht. Eigensinn, Kreativität, Querdenkertum und soziale Kompetenz sind diejenigen Fähigkeiten, auf die es heute in viel stärkerem Mass als im vorigen Jahrhundert ankommt. All das kann man aber nicht auswendig lernen und auch nicht unterrichten oder durch Leistungskontrollen messen. Auf die Herausbildung all dieser besonderen Fähigkeiten sind unsere Schulen nicht vorbereitet. Darauf kam es in der Lebens- und Berufswelt des vorigen Jahrhunderts nicht so sehr an. Was in unseren Schulen gegenwärtig vermittelt wird, reicht also nicht, um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern.

Jedes Kind könnte etwas Besonderes sein

Jedes Kind, doziert Hüther, könnte etwas Besonderes werden. Das Lehrsystem sei aber so beschaffen, dass es für viele dumm laufe. «Wir bleiben also Kümmerversionen dessen, was wir sein könnten.» Als Beleg nennt er den Dogmenwechsel zum Thema Trisomie 21. Früher wurden diese «Mongos» als ziemlich unbildbar aussortiert. Heute werden Lehrmethoden der Interaktion angewandt. Ergebnis: Trisomie 21 ist keine unüberwindliche Hürde zur Matura, auch nicht zum Uni-Abschluss.

«Lernen muss unter die Haut gehen – wenn es das nicht tut, dann merkt sich das Hirn nix. Wenn es mich angeht, wenn es mich betrifft, dann gehen die emotionalen Zentren im Mittelhirn an. An den Enden kommen die neuroplastischen Botenstoffe heraus und die schütten wie eine Giesskanne ein Gefühl von high aus.»

Gleichzeitig zu dieser Euphorie düngen diese Botenstoffe Netzwerke im Gehirn und regen Verschaltungen an, bringen Eiweisse dazu, Kontakte zu knüpfen. Hüther: «Deswegen werden wir in den Dingen, die uns Freude machen, immer besser.»

Wann macht Lernen richtig Lust auf mehr? Auf der Suche nach Potenzialentfaltung an Schulen

Acht Jugendliche besuchen sieben Schulen an vier Tagen auf der Suche nach Potenzialentfaltung an Schulen. Lernen ist also ein degeisterungstechnisches Problem. Und begeistern könne man sich schwer an sich selbst, das klappe am besten in sozialen Gefügen, dort, wo Zugehörigkeit und Verbundenheit besteht. So kriege man die Giesskanne im Kopf an. In Räumen, die einladen, mit Menschen, die einladen und die den gleichen Wunsch haben, nämlich diese Giesskanne im Kopf anzustellen.

Das seien positive Lernerfahrungen. Öfters gemacht, werden sie zu Haltungen. ‹Ermutigen und inspirieren› nennt Gerald Hüther als Zauberworte.

98% aller Kinder kommen hochbegabt zur Welt. Nach der Schule sind es nur noch 2%. Leistung als Fetisch der Wettbewerbsgesellschaft ist weltweit zum unerbittlichen Mass aller Dinge geworden. Doch die einseitige Ausrichtung auf technokratische Lernziele und auf die fehlerfreie Wiedergabe isolierter Wissensinhalte lässt genau

jene spielerische Kreativität verkümmern, die uns helfen könnte, ohne Angst vor dem Scheitern nach neuen Lösungen zu suchen. Dies zeigt uns die Filmdokumentation (Alphabet) in beeindruckender Klarheit.

Schulen der Zukunft

Mit ihrer Initiative SCHULEN DER ZUKUNFT für eine Kultur der Potenzialentfaltung an allen Schulen im deutschsprachigen Raum fordern Gerald Hüther und Daniel Hunziker das Extreme – einen vollständigen Kulturwandel im System Schule. Bekanntlich muss man über das Ziel hinausschiessen, um es zumindest teilweise zu erreichen. Schon jetzt hat Gerald Hüther Bewegung in die Debatte um das System Schule gebracht und das ist gut, denn die Richtung stimmt.

Ist es also nicht die Aufgabe der Erziehung, euch von Angst zu befreien, anstatt euch nur darauf vorzubereiten, bestimmte Prüfungen abzulegen, wie notwendig das auch sein mag? Das sollte im Grunde das wichtigste Ziel der Bildung und jedes Lehrers sein: Euch von klein auf zu helfen, vollkommen frei von Angst zu sein, damit ihr als intelligente Menschen in die Welt hinausgeht, voll echtem Unternehmungsgeist. Wo Angst ist, kann keine Initiative im schöpferischen Sinne existieren. Die Fähigkeit aus eigenem Empfinden zu handeln, bedeutet in diesem Sinne etwas Neues, Eigenständiges zu tun – es spontan und natürlich zu tun, ohne angeleitet, gezwungen oder kontrolliert zu werden. (Die Flamme des Lernens – Jidu Krishnamurti)

Quelle: http://derwaechter.net/gerald-huether-unsere-schulen-produzieren-leidenschaftslose-pflichterfueller

Heilsame Ernährung

Publiziert am 18. Mai, 2018 unter Gesundheit; Andreas Monning

Mediziner, die ihren Patienten richtige Ernährung verordnen statt Medikamente? Ärzte mit Doktortitel, die einem Betroffenen raten, zu fasten statt sich unters Messer zu legen? In der Medizinwelt finden zurzeit fast revolutionäre Veränderungen statt, und auch in unserer Gesellschaft passiert ein Umdenken. Passend dazu feiert der NDR mit seiner Gesundheits-Serie (Die Ernährungs-DOCS) Publikumserfolge.



Photo by Hermes Rivera on Unsplash

Die Ernährungs-Docs Dr. med. Anne Fleck, Dr. med. Jörn Klasen und Dr. med. Matthias Riedl versprechen keine Wunder. Aber dass sich durch eine Ernährungsumstellung auch schwere Krankheiten bessern und manchmal sogar heilen lassen, davon sind sie nicht nur überzeugt. Dass das tatsächlich funktioniert, ist medizinisch erwiesen, und das Ärzte-Trio demonstriert es regelmässig vor laufender Kamera (https://www.ndr.de/mediathek/mediatheksuche105_broadcast-1530.html).

Auf der Homepage der Ernährungs-Docs sind von Adipositas über Neurodermitis bis Zöliakie zahlreiche Erkrankungen erklärt und es werden entsprechende Ernährungsempfehlungen gegeben. Passend dazu finden sich auf der Seite eine Menge Rezepte, mit deren Hilfe sich die Ernährungsempfehlungen auf schmackhafte Weise umsetzen lassen. (https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/die-ernaehrungsdocs/rezepte/index.html)

Und auch wenn die Ärzte auf ihrem hoheitlichen Podest bleiben: Toll ist, dass Betroffenen in bemerkenswertem Mass die Hoheit über ihre Gesundheit zurückerstattet wird. Kranke bekommen Hebel zurück in die Hand, an denen lange Zeit scheinbar exklusiv die Götter in Weiss und die allmächtige Pharmaindustrie sassen. Für die, die wollen, wohlgemerkt, denn die Freiheit hat wie alles im Leben ihren Preis. Selbst am Hebel zu sitzen funktioniert nur, wenn man bereit ist, wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Wem es gut gefallen hat, zum Arzt zu gehen, sich Medikamente verschreiben zu lassen und das war's, dem werden Ideen wie Ernährungsumstellung und Fasten kaum gefallen.

Aber keine Sorge, wer nicht will, der muss auch nicht, jedenfalls noch nicht. Das alte System aus Krankheit, Gang zum Arzt, Verschreibung und Pillenschlucken ist so gut etabliert, das wird so schnell nicht verschwinden. Für alle aber, die ihre Gesundheit gerne wieder mehr selbst in die Hand nehmen möchten, die beispielsweise bei Typ-2-Diabetes aus eigener Kraft vom Insulin und vom Spritzen wegkommen wollen, für die ist diese Ent-

wicklung eine frohe Botschaft. Passende Ärzte, die so etwas begleiten, findet man unter anderem hier: www.ndr.de.

Quelle: www.ndr.de

Quelle: https://www.gute-nachrichten.com.de/2018/05/gesundheit/heilsame-ernaehrung/

Bäume haben einen (Herzschlag)

Publiziert am 4. Juni, 2018 unter Wissenschaft; gute Nachrichten

Bäume bergen viele Geheimnisse. Eine breite Öffentlichkeit wurde durch den Bestseller (Das Geheimnis der Bäume) von Peter Wohlleben bereits vor Jahren darauf aufmerksam gemacht. Neuerdings hat man das Gefühl, dass man immer mehr Berichte über Untersuchungen lesen kann, in denen Geheimnisse der Bäume mehr und mehr entschlüsselt werden. Bäume sind lebendig, das weiss man, aber sie sind eventuell lebendiger als man das bislang gedacht hat.



Photo by Rob Mulally on Unsplash

Dass Bäume unter der Erde miteinander verbunden sind und dass sie miteinander kommunizieren, ist mittlerweile bekannt, aber kürzlich haben Forscher entdeckt, dass Bäume sogar eine Art von Herzschlag haben. Die Frequenz des Herzschlags ist jedoch so niedrig, dass dieser (Puls) zuvor nicht erkannt wurde.

Bisher war es der allgemeine Wissensstand der Forschung, dass der Wasserfluss durch die Bäume rein auf einem Osmoseprozess beruht, der ständig stattfindet. Jetzt weiss man, dass die Stämme und die Äste der Bäume sich zusammenziehen und wieder erweitern und damit das Wasser von den Wurzeln bis zu den Blättern pumpen, was man durchaus mit der Arbeitsweise unseres Herzens vergleichen kann, wie dieses das Blut durch unseren Körper pumpt. Der 〈Pulsschlag〉 ist jedoch sehr viel langsamer als beim Menschen. Während der menschliche Pulsschlag bei 50 bis 80 Schlägen pro Minute liegt, pumpt der Baum alle zwei Stunden einmal das Wasser durch die Äste und Zweige.

András Zlinszky von der Universität in Aarhus, Dänemark sagt: «Wir haben entdeckt, dass die meisten Bäume eine periodische Änderung ihrer Gestalt haben, die die ganze Pflanze synchron erfasst, was zu einem periodischen Wechsel des Wasserdrucks führt.»

Die Studie führten Zlinsky und sein Kollege Anders Barfod im Jahr 2017 durch. Die Messungen fanden in Gewächshäusern bei Nacht statt, um Einflüsse von Sonne und Wind ausschliessen zu können. Mit Hilfe von Laserscannern hat man beobachten können, dass Äste sich um einen Zentimeter nach oben und unten bewegten, und zwar innerhalb von etwa zwei Stunden. Für die Forscher waren die Bewegungen der Äste ein Beweis für das Pumpen des Wassers von den Wurzeln aufwärts zu den Blättern. (https://www.newscientist.com/article/2167003-trees-may-have-a-heartbeat-that-is-so-slow-we-never-noticed-it)

Wie der Pumpvorgang genau verläuft, ist noch nicht erforscht. Man vermutet, dass der Baumstamm sich zusammenzieht, um das Wasser durch die Holzfasern im Stamm in die Äste und Blätter zu pressen.

Bäume sind eben auch Lebewesen, genau wie wir. Ich musste bei dem Thema die ganze Zeit an die Ents(-Bäume) von Herr der Ringe denken – das nur nebenbei. Jedenfalls darf man gespannt sein, zu welchen Erkenntnissen

die Wissenschaft in den nächsten Jahren noch kommt ... Ich frage mich gerade, ob der Herzschlag eines Baumes schneller wird, wenn man ihn umarmt. ;-)

Quellen: collective-evolution.com, newscientist.com

Quelle: https://www.gute-nachrichten.com.de/2018/06/wissen/baeume-haben-einen-herzschlag/de/wissen/baeume-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-haben-einen-

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz **Redaktion:** 〈Billy〉 Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: Freie Interessengemeinschaft für Grenz- und Geisteswissenschaften, Wassermannzeit-Verlag, 8495 Schmidrüti, Schweiz; PC 80-13703-3; IBAN CH06 0900 0000 8001 3703 3; BIC POFICHBEXXX

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2018

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, (Freie Interessengemeinschaft Universell), Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz